

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

J u s t e r a c h  
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Beile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

**Annoncen-Annahme-Bureaus** der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. S. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichsstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streifland und Herrn Dr. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasestein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Wosse; in Berlin: A. Petermeier, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annonen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M. H. L. Daube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

## Amtliches.

Berlin, 18. Novbr. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Obersten v. Karz gewölt, Abtheilungs-Chef im Kriegs-Ministerium, den Kronen-Orden II. Kl. und dem Obersten z. D. v. Krohn, früher Kommandeur des Schleswig-Holsteinschen Fußlter-Regiments Nr. 86, den Roten Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife und Schwertern am Ringe zu verleihen; den Kreisgerichts-Direktor Hartmann zu Stargard in Pommern zum Ober-Tribunals-Rath; sowie den bisherigen Kreisgerichts-Rath Dirksen in Potsdam; und den Kriegs-Rath Bergmann und den Hossjagd-Rath Dr. Wolf im Hannover zu Reg.-Räthen zu ernennen.

Der praktische Arzt Dr. Hoeven er zu Werne ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Lüdinghausen ernannt worden. Dem Konrektor Dr. Monnen am Gymnasium in Schleswig, dem Oberlehrer Dr. Weidner am Pädagogium zum Kloster U. L. G. in Magdeburg, und dem Oberlehrer Dr. Kiene am Gymnasium in Stade ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

## **Provinzielles im Abgeordnetenhouse**

Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits mehrfach die Freude gehabt, Abgeordnete aus unserer Provinz Angelegenheiten im Landtage zur Sprache bringen zu hören, welche unsere Provinz allein oder doch vorzugsweise angehen. War es nun Läuschung? Aber uns wollte scheinen, daß manche Gelegenheit, wo unsere Provinzial-Interessen hätten vertreten werden können, ungenügt vorüberzog. Unsere Provinz schien das traurige Vorrecht zu haben, nur dann in eine lebhafte Besprechung gezogen zu werden, wenn es sich um Nationalitäts- und Religionsfragen handelte; und dann erwiesen sich gewöhnlich diejenigen Abgeordneten als die eifrigsten, welche gegen das Deutschthum und gegen die liberalen Ideen, besonders wenn diese Kirche und Schule betreffen, ihre Veredtsamkeit zu verwenden lieben.

Wäre unsere Provinz so wohlhabend, gesegnet und glücklich situiert, wie Schlesien, die Rheinlande oder Sachsen, dann würde uns das wenig kümmern, aber wie wir bereits bei Besprechung der Sonderstellung, welche Posen in der Kreisordnung zugesagt ist, nachgewiesen haben, nimmt unter den preußischen Provinzen, was Bildung und Wohlstand, jene beiden Grundlagen aller öffentlichen Wohlfahrt, betrifft, das Großherzogthum, wenn nicht immer die letzte, so doch höchstens die vorletzte Stelle ein. Und obwohl wir nicht verkennen, daß in den letzten Jahren so manches für Posen geschehen ist, und obwohl es scheinen will, als ob besonders in jüngster Zeit lang schwelende Fragen mit einem entscheidenden Eifer in die Hand genommen würden, glauben wir doch, daß den Volksvertretern noch gerug übrig bleibt, um eine erprobte Wirksamkeit für die Interessen der Provinz zu entfalten. Sie werden, indem sie unseren Wünschen auf der Tribüne des Landes Ausdruck geben, damit wesentlich die Strebungen derjenigen Behörden und Organe in unserer Provinz unterstützen, welchen die Entwicklung der heimischen Interessen am Herzen liegt.

In unsere Anerkennung für die Berücksichtigung der Interessen unserer Provinz können wir diesmal auch einen polnischen Abgeordneten mit einschließen. Hr. Kantak hat es über sich gebracht, auch einmal für eine Sache, welche nicht Nationalität, konfessionelle Schule oder Grundbesitzer-Interesse heißt, etwas Veredeltheit zu verwenden.\*). Der Hr. Abgeordnete für Mogilno-Gnesen - Wongrowicz hat die Regierung durch seine Erinnerung in Betreff des polnischen Archivs zu einer Zusage bewogen, die, sollte sie bis zum nächsten Jahre nicht erfüllt werden, hoffentlich den einen oder andern unserer Volksvertreter veranlassen wird, noch einmal daran zu erinnern.

Der nationalliberale Abgeordnete für Fraustadt-Kröben, Hr. Gottscheński, Kreisgerichtsdirektor in Lissa, ist bereits mehrfach für Interessen eingetreten, welche unsere Provinz nahe berühren. Unter Anderem hat sich derselbe bei Berathung des § 9 der Kreisordnung, zu welchem die Stadt Inowraclaw eine Petition an das Haus gesandt hatte, der kleinen mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte angenommen und verlangt, bei Bertheilung der Kreisabgaben eine fixire Klassensteuer mit 15 Sgr. pro Seele zu Grunde zu legen.

Den Abgeordneten für Birnbaum-Samter-Dornit  
Hrn. v. Bethmann-Hollweg, haben wir, obwohl er dem  
rechten Zentrum angehört, bereits mehrmals für liberale An-  
schauungen eintreten sehen; bei der Berathung über die Kreis-  
steuern brachte derselbe einen Vermittelungsvorschlag ein, der die

\*) Wir lesen soeben im „Dz. Pozn.“ eine Kritik der Kantakischen Rede; das polnische Organ tadeln grade dasjenige, was wir anerkennen. Es macht Herrn Kantak den Vorwurf, daß er grade die unanerkanntesten Beschwerdepunkte betont habe. Ob der Archivar ein provisorischer oder definitiver, ob die Räumlichkeiten des Lokalszureichend seien oder nicht, das sei ganz neben-sächlich. Dr. Kantak — meint der „Dz.“ — hätte vielmehr sich darüber beschweren sollen, daß der Archivar kein Pole sei, ein Deutscher — und sei er noch so gelehrt — verstehe die polnischen Quellen nicht zu benutzen, wie u. a. das „Pojener Städtebuch“ von Prof. Wuttke beweise. Dann aber hätte er verlangen sollen, daß das Archiv auch dem Publikum geöffnet wird, weil dasselbe einen gerechten Anspruch habe, zu seinen Literaturschätzen allezeit gelangen zu können. Was das letztere anbelangt, so vergibt der „Dziennik“, daß das Archiv bis jetzt noch nicht vollständig geordnet ist. Im Übrigen aber theilen wir die Bejorgniß des polnischen Kollegen nicht. Die polnischen Urkunden werden doch leichter zu enträtheln sein, als die Keilschrift und Hieroglyphen; die Gelehrten aber, welche diese entziffert haben, waren weder Agypter noch Egypter. Und die deutschen Juristen, welche die römischen Gesetzesfasseln wiederherstellten, sollen trotz ihres cicerontischen Lateins auch nicht von römischen Eltern geboren sein.

Interessen der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden ausgleichen sollte. Hr. v. Bethmann ist Rittergutsbesitzer in Kunowo (Kr. Wirsit.)

Eine der dringendsten Angelegenheiten aber hat einer unserer tüchtigsten Landwirthe, der Abgeordnete für Posen-Obornit Hr. Witt-Bogdanowo zur Sprache gebracht. Zehn Jahre ist es bereits her, seit uns Hoffnung auf eine Gewerbeschule gemacht wurde. Wir haben bereits mehrmals auf diesen Mangel aufmerksam gemacht, und freuen uns, daß der Wunsch unserer Provinz endlich einmal einen Befürworter in der Volksvertretung gefunden hat. Wir wollen hier den ausführlichen stenographischen Bericht wiederholen, damit unsere Leser selbst daraus ersehen, wie wenig oder viel wir jetzt zu hoffen haben. In der Sitzung am 13. November bei Gelegenheit der Berathung des Etats für das Handelsministerium sagte

Abg. Witt: Mr. H.! Wenn wir in Betracht ziehen, was in anderen Staaten für die Zwecke der Ausbildung in den Gewerben geschieht, so finden wir, daß in unserm Staate in dieser Beziehung nur sehr wenig gethan wird. Ich erinnere nur an das Kensington-Museum in London, welchem das Parlament allein 15,000 Pfld. St. zur jährlichen vervollständigung seiner Sammlungen, wenn mir recht ist, bewilligt hat. Ich habe mich gefreut, daß ein Privat-Unternehmer der Art auch in Berlin erstanden ist — ich meine das Gewerbe-Museum — und daß der Herr Handelsminister durch seine Unterstüzung dasselbe gefördert hat. Ich will das nur beiläufig bemerken.

Zu diesem Titel habe ich das Wort ergriffen, um auf die Gewerbeschulen in den Provinzen Ihre Aufmerksamkeit zu richten. Der Herr Minister hat in der vorigen Session uns in Aussicht gestellt, daß die Provinzial-Gewerbeschulen einer wesentlichen Umgestaltung unterworfen werden sollen, so daß sie unter andern auch die Zwecke der allgemeinen Bildung mitverfolgen und im Nebrigen die technische Bildung auf eine höhere Stufe heben sollten. Bis jetzt ist in dieser Beziehung noch nichts geschehen. Es interessirt mich dieser Punkt noch besonders darum, weil auch in unserer Provinz, namentlich in der Stadt Posen, das Bedürfnis für die Gründung einer solchen Gewerbeschule so lebhaft geworden, daß daselbst aus Privatmitteln eine derartige Anstalt gegründet ist. Ich glaube aber, daß die Anstalt sich nicht wird in dem Maße erhalten können, wenn sie sich nicht ganz besonderer Berücksichtigung und Unterstützung von Seiten des Staats in Zukunft zu erfreuen haben wird. Meine Herren; Ich bin ein persönlicher Gegner aller Forderungen von Unterstützungen seitens des Staats, soweit sie gewerbliche Anlagen betreffen; sobald sie aber die allgemeine Bildung verbreiten helfen, da scheint es mir vor Allem die Aufgabe des Staats zu sein, für diese Sorge zu tragen. Ich muß bemerken, daß leider bei uns das Verhältniß gerade ein umgekehrtes zu sein scheint. Kaum ein Staat hat so viele gewerbliche Anlagen und Geschäfte, die von Staatswegen getrieben werden. Ich erinnere Sie nur an alle die verschiedenen Institute, welche die Seehandlung betreibt, an die Porzellanmanufaktur, die Staatsdruckerei und viele andere Institute. Dagegen ist für die gewerbliche Ausbildung durch die Schulen und Institute nach meiner Überzeugung nicht genügend gesorgt. Ich bitte nun also den Herrn Minister für Handel und Gewerbe, mir gütigst Ausklärung geben zu wollen, wie weit die in Aussicht gestellte Umwandlung der Provinzialgewerbeschulen und ihre Vermehrung in den Provinzen fortgeschritten ist, und bitte ihn dabei namentlich die Provinz Posen, und besonders die in der Stadt Posen entstandene Gewerbeschule zu berücksichtigen. M. H. In der Provinz Posen besitzen wir keine Universität, wir haben kein höheres landwirthschaftliches Institut; wir können uns als besondere Stiefkinder in dieser Hinsicht betrachten, und ich bitte den Herrn Handelsminister, in Bezug auf die Gewerbeschulen etwas von dem nachzuholen was darin bisher verfügt worden ist. Die Stadt Posen hat in der letzten Zeit einen sehr erfreulichen Aufschwung in Bezug auf die Gewerbe genommen. Ich weise zunächst auf die Möbeltischlerei hin, die in einer ganz erfreulichen Ausdehnung begriffen ist und ihre Produkte in alle Welt hinausendet. Ich bitte also den Herrn Handelsminister, mir gütigst diese Frage wegen der allgemeinen Einrichtung der Gewerbeschule zu beantworten und in Bezug auf die Stadt Posen empfehle ich die dortige Privat-Gewerbeschule seiner besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge.

Es sei uns hier, bevor wir die Antwort des Ministers wiedergeben, eine kleine Berichtigung gestattet, welche geeignet sein dürfte, das Bedürfnis unserer Provinz nach einer Gewerbeschule noch dringender erscheinen zu lassen. In Posen befindet sich nicht, wie der Herr Abgeordnete glaubt, eine Gewerbeschule. Im vorigen Herbst wurde hier durch die Bemühungen einer Anzahl Mitbürger eine Gewerbe-**Vorschule** ins Leben gerufen, die nach Ablauf des Winters geschlossen wurde. Die Lehrer sollten die Stunden ohne allen Entgelt geben, eine große Forderung in unserer Zeit, und besonders vom Lehrerstande, während jeder Gewerbetreibende heut seine Zeit und Kräfte aufs tüchtigste ausbeutet. In diesem Jahre hat man sich nun ein näheres Ziel gesteckt, um es besser zu erreichen, indem man eine Handwerkschule ins Leben rief, worin einstweilen nur im Zeichnen und Modelliren Unterricht ertheilt wird. Die Lehrer, beide Polen, erhalten ein anständiges Honorar, das aus den freiwilligen Beiträgen unserer Mitbürger in der Stadt Posen bestritten wird. Sobald diese Quelle versiegt, hört auch jene Schule auf, welche in dem engsten Rahmen einer Handwerkschule sich beweht.

Hören wir nun, was wir zu erwarten haben.  
Handelsminister Graf v. Trenplitz antwortete: Wenn der hr. Redner in einer seiner ersten Bemerkungen gesagt hat, daß seit dem vergangenen Jahre in der Beziehung nichts geschehen sei, so ist das unrichtig. Es sind erstens die Grundsätze festgestellt worden, nach denen die Gewerbeschulen reorganisiert werden sollen. Dann habe ich tüchtige Lehrer von Gewerbeschulen hier in Berlin versammelt und mit ihnen die Grundsätze durchberathen, und nachdem solche festgestellt waren, bin ich selbst vorgegangen, soweit, als die Mittel es mir erlaubten, und es sind nun schon mehrere derartige Schulen im Gange; über andere werden Verhandlungen gepflogen und die Sache hat ihren vollständigen Fortgang, je nachdem wie die Mittel mir zu Gebote stehen. Die Staatsregierung animirt die Städte, ihrerseits auch etwas dazu beizutragen; allerdings werden nicht alle in der Lage sein, es zu können, und da muß man billige Rücksicht nehmen. Es wird auch nicht Alles auf einen Schlag durchgeführt werden können, sondern nach und nach, und das ist auch kein Unglück. Es muß überall da, wo Bedürfnis und Neigung sich dafür herausstellt, auf der Stelle vorgegangen werden, da, wo die Leute noch keinen Sinn

und Geschmack dafür haben, muß man sie nicht übereilen und überstürzen wollen und nicht mit einer schematischen Normalorganisation überall mit einem Male vorgehen, die ja nicht überall paßt. — Was nun die Stadt Posen anlangt, so kann ich versichern, — ich bin ja selbst in Posen als Präsident gewesen und kenne das Land und die Verhältnisse ziemlich genau — so werde ich Alles das auch der Stadt Posen bieten, was ich bei der Beschränktheit meiner Mittel irgend einer anderen Stadt nur zu Gefallen thun würde.

Sehr hoch dürfen wir nach dieser Zusage unsere Erwartungen nicht spannen, aber wir hoffen, daß Hr. Witt-Bogdanowo, da die Abgeordneten, welche die Sache noch näher angeht, für diese Angelegenheit nicht eintreten, auch ferner sie im Auge behalten wird. Wie wir bereits in Nr. 238 ausführten, scheint uns die Gewährung einer Gewerbeschule sowohl ein Alt der Gerechtigkeit als der größten Nothwendigkeit; der Gerechtigkeit darum, weil sie uns einen Ersatz für die uns mangelnde Universität bieten würde, über deren Zweckmäßigkeit in unserer Provinz man allerdings streiten kann. Dann aber auch weil sie dazu beitragen würde, die Interessen zu fördern und den Boden zu erweitern, mit denen und auf welchen sich die durch Nationalität und Religion gespaltene Bevölkerung zusammenfinden könnte, um mit gemeinsamen Kräften an der Fortentwicklung unserer so sehr zurückgebliebenen Provinz zu arbeiten.

## Deutschland.

△ Berlin, 18. Novbr. Wie wenig die von den dänischen Agitatoren in Nordschleswig kolportirte und kürzlich hierhergebrachte, aber nicht zur Ueberreichung gelangte Adresse der wahren Gesinnung des intelligenteren Theils der Bevölkerung Nordschleswigs entspricht, davon legt das Resultat der eben beendeten Kommunalwahlen in den dortigen Städten ein schlagentes Zeugniß ab. Nordschleswig hat fünf Städte, und in ihnen sämlich hat die deutsche Partei bei den Stadtverordnetenwahlen den Sieg davongetragen. Die nördlichste der Städte, Hadersleben, hat sich freilich immer des Rufes erfreut, vorwiegend deutsch zu sein, aber überraschend ist es immerhin, daß die dänische Partei nicht einen einzigen ihrer Kandidaten durchgebracht hat, denn an den nöthigen Wahlagitationen hat es die nun schon zwanzig Jahre lang thätige und wohl disziplinierte Partei nicht fehlen lassen. Als sie am Tage vor der Wahlhandlung die unbedingte Niederlage vor Augen sah, verzichtete sie überhaupt auf den Kampf. Thatsache ist, daß viele, die früher zu den Dänisch-Gesinnten zählten, ihre Stimmen mit denen der deutschen Wähler vereinigt haben. In Tondern ist Einer der gewählt, ein der dänischen Partei Angehöriger, aber er wurde nur deshalb durchgebracht, weil auch die Deutschen sich für ihn, der sich durch besondere Tüchtigkeit in der Verwaltung kommunaler Angelegenheiten seit lang ausgezeichnet, entschieden. In Flensburg, dem eigentlichen Sitz der dänischen Propaganda, sind von den 24 vollzogenen Wahlen 13 auf Deutsche und 10 auf Dänen gefallen, während eine Wahl durch das Loos entschieden werden muß. In Apenrade endlich und Sonderburg auf Alsen, welche immer als rein dänische Städte in den Augen der Kopenhagener galten, sind ebenso wie in Hadersleben, ausschließlich deutsche Kandidaten gewählt worden. Die Anstrengungen, welche von Seiten der dänischen Agitatoren namentlich in Sonderburg gemacht worden, um die Deutschen einzuschütteln, müssen ganz aufgewandt

den, um die Deutschen einzuschüchtern, müssen ganz außerordentlich gewesen sein. Das kopenhagener „Dagblad“theilt mit, daß eine Anzahl Bauern einen Drohbrief gegen die deutschen Wähler erlassen habe und daß die Landbewohner in die Stadt „geströmt“ seien, um den Wählern zu imponiren. Daß die Freunde der Deutsch-Gesinnten in ganz Nordschleswig groß ist, läßt sich denken. Solenne Zweckessen, zu welchen sie sich überall nach beendigter Wahl zusammengefunden haben, sind wohl selten so sehr am Platze gewesen als dort. Ebenso begreiflich ist die totale Niedergeschlagenheit auf Seiten der Dänen. Was nützt nun noch der pathetische Appell an ganz Europa, mit welchem die offiziöse französische Wochenrevue des „Dagblads“ ihre Darstellung der Adresse-Angelegenheit beschließt! Und wäre die Deputation vom Könige wirklich empfangen worden, so hätte die ablehnende Entgegnung auf ihr Gesuch nicht bedeutungsvoller für den weiteren Gang der nordschleswigschen Frage sein können, als die in dem Wahlresultat niedergelegte Erklärung des intelligenten Theiles der Nordschleswiger, welche schon vor fünfundzwanzig Jahren Geißel in seinem „Protest gegen den offenen Brief des Dänenkönigs“ in die Worte fasste: „Wir wollen keine Dänen sein, wir wollen Deutsche bleiben!“ — Zu den Mittheilungen, welche von dem evangelischen Ober-Kirchenrath der versammelten außerordentlichen Provinzial-Synoden gemacht worden sind, gehört auch eine Uebersicht der Wahlkörper für die Provinzial-Synoden der 6 östlichen Provinzen. Hiernach zählt die Provinz Preußen 524 Gemeinden, 18 Kreis-Synoden und 75 Deputirte zur außerordentlichen Provinzial-Synode; Pommern 654 Gemeinden, 15 Kreis-Synoden und 60 Deputirte zur außerordentlichen Prov.-Synode; Brandenburg 1037 Gemeinden, 28 Kreis-Synoden und 103 Deputirte zur außerord. Prov.-Synode; Posen 177 Gemeinden, 10 Kreis-Synoden und 38 Deputirte zur außerord. Prov.-Synode; Schlesien 692 Gemeinden, 16 Kreis-Synoden und 59 Deputirte zur außerord. Prov.-Synode; Sachsen 1407 Gemeinden, 26

Kreis-Synoden und 101 Deputirte zur außerord. Prov.-Synode.

**Berlin**, 18. Nov. So hätten denn die Abgg. Krüger und Ahlmann, die sich bis jetzt übrigens ziemlich regelmäßig im Hause zeigten, den Eid auf die preußische Verfassung abermals verweigert, wenn auch in minder feierlicher Form als bisher. Sie ließen sich heute bei dem Vereidigungsalte vergeblich aufrufen und werden weiterer spezieller Aufforderung zu letzterem schwerlich entsprechen. Das Haus ist in wischen längst über die eigenthümliche Demonstration zur Tagesordnung übergegangen. — Die Debatte über die Kreisordnung nahm heute in den § 14—17, welche die Reklamationen gegen die Veranlagung der Kreisabgaben, die dingliche und persönliche Befreiung von derselben und das Kreisstatut betreffen, eine für die Liberalen recht günstige Wendung, da deren Anträge sämmtlich den Sieg davon trugen. Die Konservativen verstehen es aber auch gar nicht, Niederlagen zu erleiden; sie waren nicht nur verstimmt, sondern ließen sich zu Heftigkeiten in der Debatte hinleiten, während sie hinter den Kulissen erklärten, durch Annahme solcher Anträge werde es geradezu unmöglich gemacht, die Kreisordnung durchzuführen. Die Herren von der äußersten Rechten führen immer die Selbstverwaltung im Munde, sie können sich aber dieselbe nicht anders denken, als wenn ein Gendarm dahinter steht. Wenn die Regierung den Anforderungen des Landes auf eine freie Kreisordnung eben nicht stimmen will oder kann, so mögen die Dinge bleiben wie sie sind. Dies ist der Standpunkt, von welchem die liberalen Fraktionen bei der ganzen Verhandlung über die Kreisordnung ausgehen. — In Bezug auf das vom Finanzminister eingebrachte Konsolidationsgesetz, worüber man morgen im Abgeordnetenhaus beschließen wird, dürfte der Wunsch vieler Abgeordneten, den Entwurf zu schleunigster Erledigung an die Finanzkommission zu verweisen, realistisch werden, obwohl auch hier die Beratung im ganzen Hause andererseits gewünscht wird. — Die Nachricht von einer Vertagung des Landtages und seiner Wiederberufung nach dem Schluß des Reichstages bedurfte kaum der offiziösen Dementitur, welche sie heute erfahren; es hat hier Niemand daran geglaubt; dagegen wird es wahrscheinlich, daß die Einberufung des Reichstages sich weiter hinausschiebt, als ursprünglich beabsichtigt war. Wie man hört, ist an höchster Stelle in diesen Tagen über den Stand der Arbeiten für den Bundesrat und den Reichstag berichtet worden. — Die gestrige Herrenhaussitzung und deren Resultate bildeten heute den Gegenstand lebhafter Gespräche in parlamentarischen Kreisen. Es kommt erst jetzt zur Kenntnis, und wir können dies verbürgt mittheilen, daß bei dem Verlaufe der gestrigen Verhandlung ein entscheidender Druck durch den Grafen Bismarck geübt worden ist. Es geschah dies in vorliegendem Halle in Form von Zuschüssen, welche der Graf an den Fürsten von Putbus und andere ihm befriedete Mitglieder des Hauses gerichtet und worin er sich durchaus unumwunden mit voller Entrüstung gegen die Absicht des Herrenhauses ausgesprochen hat, sich der deutschen Politik entgegenzuwerfen, indem er zugleich auf die Folgen hinwies, welche ein solches Gebahren nach sich ziehen könnte. In den Briefen soll die ausdrückliche Ermächtigung für die Adressaten ausgesprochen sein, von derselben Gebrauch zu machen. Glaubwürdige Abgeordneten halten eins oder das andere dieser Schreiben gefehlt und kannten deren Wortlaut. Sie hielten es nicht für unmöglich, daß derselbe in der einen oder der anderen Weise an die Öffentlichkeit gelangen möchte. — Die Fortschrittspartei beruhigt sich noch nicht über die Ausnützung des Birchowschen Antrages zu einem Agitationsmittel für die nächsten Wahlen; es sollen nun also wirklich die 4 Berliner Wahlbezirke über den Antrag in Beratung treten und der 3. Wahlbezirk, aus welchem Birchow und Schulze als Abgeordnete hervorgegangen, soll den Anfang machen. Man bereitet sich indessen im Stillen darauf vor, den sicher zu erwartenden Störungen dieser Debatten durch die Scharen des Hrn. Schweizer eine Schranke zu setzen, indem sich die hiesigen Maschinenbauer in corpore bereit erklären haben, für die Aufrechthaltung der Ordnung Sorge zu tragen. Thatsächlich steht übrigens fest, daß Hr. Schweizer durch verschiedene Ufase die Seinigen so organisiert hat, daß dieselben innerhalb weniger Stunden mobil gemacht und zu Heldenathen, wie die im Konzerthause, bereit sein können. Ob es wahr ist, daß der "Präsident" Befehl gegeben, jede Versammlung der Fortschrittspartei zu zerstören, mag dahingestellt bleiben; verbreitet ist auch diese Angabe. — Der Botschafter des Norddeutschen Bundes am großbritannischen Hofe, Graf v. Bernstorff, hat seine Abschiedsbesuche hier gemacht und wollte seine Rückreise heute Abend antreten.

— Der König ist heute Mittag zur Hofjagd nach Leppingen gereist.

— Wie die "Kr. Z." hört, hat der König den Kanzler im Königreich Preußen und deshalb auch Mitglied des Herrenhauses v. Göhler zum Kronsyndikus ernannt. Ferner sind der erste Präsident des Appellationsgerichts zu Köln Broicher, der Vizepräsident des Appellationsgerichts zu Celle Meyer, und der Professor ordinarius der juristischen Fakultät zu Breslau H. Schulze zu lebenslänglichen Mitgliedern des Herrenhauses und gleichzeitig zu Kronsyndici ernannt worden.

— Die Angaben hiesiger Korrespondenten über die Absicht der Regierung, den Landtag im Januar zu vertagen, um die Sesssion des Reichstages wieder aufzunehmen, wird der "Kr. Z." als erfunden bezeichnet.

— Der "Magd. Blg." wird jetzt offiziös die von ihr gebrachte Nachricht von einem Akzessionsvertrage, welcher zwischen Preußen und Schwarzburg-Rudolstadt in Verhandlung begriffen sein sollte, dementiert.

— In den neuesten Zeit sind mehrere Staatsanwälte, und zwar schon von älterer Amtsnatur, in die Richteraufbahn übergetreten und zu Mitgliedern der Kreisgerichte ernannt worden. Es dürfte dies einigermaßen auffallend erscheinen, da man aus der Regierungszeit des Grafen Lippe gewohnt war, die stolzen Herren Staatsanwälte nur in Folge von Verförderungen zu Direktoren oder Appellationsgerichtsräthen aus ihrer Laubahn scheiden zu sehen. Wie die "N. S." hört, wird höheren Orts die Ansicht festgehalten, daß Peamie der Staatsanwaltschaft, die nach der großen Staatsprüfung niemals im Richterdienst thätig gewesen sind, sich zu weiteren Fortschritten außerhalb ihrer eigenen Laubahn im Allgemeinen nicht qualifizieren. Dies soll auch bereits einzelnen Bewerbern um höhere Richterstellen in den geeigneten Räumen eröffnet worden sein. Wir können

diese Grundsätze nur durchaus billigen und wünschen, daß an denselben möge festgehalten werden.

— Aus Anlaß des Zusammentritts der außerordentlichen Provinzial-Synode in Pommern ist dem k. Konsistorium unter dem 16. d. M. nach der "Dzi. Z." folgender Protest überreicht worden:

Einem k. hochw. Konsistorium erlauben wir uns folgendes gehorsamst vorzurügen: Die Majorität der am 13. Nov. c. hier selbst zusammengetretenen Synode unserer Provinz hat es durchaus gewußt, daß eine ihren Verhandlungen vorangehende Feier des Abendmahls von dem Superintendenten und Direktor-Minister unserer Stadt-Synode Hrn. General-Superintendenten Dr. Jaspis in der von den streng konfessionell gerichteten Geistlichen der Provinz beliebten, als Seiten des exklusiven Luthertums angelegenen Form begangen werde. In unsrer sammlichen evang. Stadtgemeinden allein der zu Recht bestehende agendarisch vorgeschriebene Abendmahl-Stilus gebraucht und als Ausdruck der Union unsrer Gemeinden lieb geworden ist, da ferner die gewählten Vertreter unsrer Gemeinden es nicht für ihre Pflicht gehalten haben, gegen diesen das Gemeindevergleich verlegenden Vorgang Einspruch zu erheben, so fühlten wir uns in unsrer Gewissen gedrungen: 1) für uns und unsre Gemeinden gegen die in solchem Alte liegende Verleugnung des Unionstandes zu protestieren und 2) jede Holgerung, die unsre Gemeinden daraus gezogen werden könnte, im Vorau auf das Entscheidende zurückzuweisen.

gez. Boisen Teichendorf. Spohn. Schiffmann.

Pauli Hoffmann. Steinweg. Pfundheller

Aus Westpreußen. Der Verein der Polen zur Unterstützung der hilfsbedürftigen polnischen Jugend in Westpreußen hat seinen Jahresbericht veröffentlicht. Im Jahre 1868—69 hatte der Verein eine Einnahme von 2673 Thlr. und eine Ausgabe von 2128 Thlr. Die einzelnen Kreise Westpreußens brachten folgende Summen auf: Der thüringer Kreis 384, fulmer 310, der stargarder 272, straßburger 256, schweger 232, stuhmer 202, soniger 150, läbauer 111, graudener 60, flatowier 60, berenten 53, Marienwerder 26, Karchaus 26, Neustadt 21, schlochauer 15, Danzig 15 und Ermland 4 Thlr. Der Verein unterstützte hilfsbedürftige Studenten auf den Universitäten mit 1080 Thlr., andere Studirende erhielten 100 Thlr., die Gymnasiasten in Kulm erhielten eine Bishiße von 327 Thlr., in Königs 150 Thlr., in Neustadt 75 Thlr., in Pölplin 6 Thlr., in Braunsberg 6 Thlr., an Schulgeld und Bücher für Gymnasiasten 74 Thlr. Seminarjünglinge erhielten 16 Thlr. Der Verein Westpreußens ist darüber sehr erfreut, daß selbst aus der Provinz Posen der Kasse Gelder zu Hilfe kommen.

Kassel, 15. Nov. Der vor einigen Tagen suspendierte Pfarrer Bilmär in Melsungen hat sich dem Vernehmen der "Herr. Morgenst." nach veranlaßt gegeben, von der über ihn verbängten Amtssuspension dem früheren Kurfürsten als seinem "rechtmäßigen Landeskönig" abzulösen durch den Telegraphen Anzeige zu machen! Das thut also derselbe Mann, welcher erst vor zwei Jahren auf sein Anrufen die Gnade des Königs zu Theil geworden ist!

Stiel, 18. Nov. Laut hier eingegangener Meldung ist Sr. M. Fregatte "Niobe" am 20. v. Mts. von Madiera auf der Reede von Santa-Cruz (Teneriffa) angekommen und beabsichtigt, am 1. November die Reise nach den Kap.-Verdöischen Inseln fortzusetzen. Sr. M. Schiff "Herta" und "Eisabeth" sind am 17. d. in Port-Said angekommen, woebst Sr. M. Yacht "Grille" und Dampfskanonenboot "Delphin" bereits vor Anker lagen. Sr. M. "Brigg Rover" ist am 17. d. von Vigo in See gegangen.

Neckarburg, 15. Nov. Wie die "Lauenb. Z." hört, hat die s. B. von Ritter- und Landschaft niederge setzte Kommission zur Begutachtung der Frage wegen Einverleibung des Herzogthums Lauenburg in den preußischen Staat ihre Arbeiten beendet.

Nieuwied, 18. Nov. (Tel.) Gestern Abend fand zu Ehren der Geburtstagsfeier der Gräfin von Hlandern ein Galadiner und Konzert im hiesigen Schlosse statt. — Der Fürst und die Fürstin von Rumänien sind heute nach Bukarest abgereist.

Dresden, 18. Nov. (Tel.) Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Preßgesetz hat sich gegen die Lieferung von Pflichteremplaren, gegen administrative Verbote ausländischer Zeitschriften, ferner gegen die polizeiliche Genehmigung von Plakaten und für die Einführung von Schwurgerichten in Preßsachen ausgesprochen. — Die Kammer der Abgeordneten erklärte sich für Genehmigung der Konzessionseitheilung an Dr. Strousberg zum Bau der Eisenbahn Chemnitz-Adorf durch das Zwönitzthal nebst Zweigbahnen, aber gegen das Projekt einer Prämienanleihe.

München, 18. Nov. (Tel.) Von den im münchener Stadtbezirke gewählten Wahlmännern gehören 193 der Fortschrittspartei, 117 der ultramontanen, 31 der Mittelpartei an. (Bei den Wahlen im Mai wurden 257 Wahlmänner von der Fortschrittspartei, 13 von der ultramontanen und 71 von der Mittelpartei gewählt.) In Speier, Ludwigshafen, Zweibrücken, Landau, Germersheim, Memmingen, Hersbruck, Vilshofen, Günzburg, Kulmbach, Sulzbach haben die Liberalen, in Eichstätt und Freising die Ultramontanen, in Fürth hat die Volkspartei gesiegt.

#### Österreich.

Wien, 16. Nov. Der Aufstand in Dalmatien beschäftigt lebhaft die polnischen Organe in Galizien und Posen. Der "Dzi. Ewowski" bemühte sich besonders nachzuweisen, daß der Aufstand nicht durch Russland und Serbien im panlawistischen Interesse hervorgerufen sei, wie aus den Erklärungen von Gemeinden, die sich in der Zuppa unterworfen haben sollten, österreichischerseits gefolgt wurde. Die Beantwortung, welche der Minister Götvoss im ungarischen Reichstage auf eine hierauf bezügliche Interpellation ertheilte, hat dem Streite hierüber vorläufig ein Ende gemacht und die der Regierung nahestehenden polnischen Tournale genötigt, mit ihrer bisher ausgesprochenen entgegengesetzten Ansicht zurückzuhalten. Wie im "R. Fr. Lloyd" ein wiener Correspondent sich beklagte, daß bestimmte Telegramme über die kriegerischen Vorgänge in Dalmatien nicht befördert würden, so erzählt auch ein wiener Correspondent des "Gazas" vom 10. d. M., daß Briefe und Telegramme einer Prüfung und Unterdrückung durch die Behörden unterworfen wären, so daß nur die amtlichen Berichte ins Publikum gelangen könnten. Diese Behauptung ist indessen nicht begründet, denn die Correspondenzen des "Wanderer" und der "Politik" vom Kriegschauplatz bewegen sich in freiester Weise. — Nach dem "Dzi. Ewowski" hat das Kriegsministerium in Berlin nicht weniger als 3000 Karten von Dalmatien angekauft, wahrscheinlich, um den neuen Feldzug gegen Österreich diesmal in Dalmatien zu beginnen, denn Waffen und Munition werden nach polnischen Organen bereits von Preußen den Aufständischen geliefert. Diese Politik à la Bismarck wird indessen nicht von Dauer sein, denn demselben Blatte vom 10. d. Mts zufolge haben der neue preuß. Finanzminister und Fürst Gorischalon unter die Politik des Bundeskanzlers einen Strich gemacht. Der "Dzi." erzählt darüber seinen Lesern die Fabeln, welche der "Constit." verbreitet hat. Der "Gazas" vom 9. liefert denn auch den Beweis, daß Preußen isolirt und seine Besitzungen zu Russland so erkalet seien, daß England darüber mit Besorgniß erfüllt

werde. Nichtdestoweniger verbreitet der "Dzi. Pogn." vom 11. d. aus Kongreßpolen die Neuigkeit, daß Polen in Folge der Annäherung Preußens an Österreich abermals gehelst werden solle. Der Anschluß an Preußen würde nicht unerwünscht kommen, weil daselbst wenigstens die Menschenwürde Schutz und Gerechtigkeit finde. — Einem Gerücht zufolge wird der Kaiser auf der Rückreise in Kattaro landen. — Die Truppen haben die Besetzung erhalten, weder montenegrinisches noch türkisches Gebiet zu betreten.

Kattaro, 18. Nov. (Tel.) Vorgestern und gestern rückten die Truppen unter fortwährenden Scharmüthen in den Insurgentendistrikten weiter vor. Heute marschierten sie auf Dragalj.

Pest, 16. Nov. Die Finanzkommission des Unterhauses beantragt Aufhebung des Zeitungsstempels. Die Steuer-Rückstände des Pesther Komites betrugen Anfangs November 2,400,000 Gulden.

#### Frankreich.

Paris, 16. Nov. Das Manifest der Linken hat in den Regierungskreisen keinen schlechten Eindruck gemacht. Man findet nämlich dort, daß diese Herren sich gemäßigt ausgedrückt haben, und rechnet es ihnen an, daß sie die Republik nicht bei ihrem Namen genannt haben. In Folge dessen zollen die "Patrie" und der "Peuple français" diesem Dokument auch beinahe ihren vollen Beifall. Das "Pays" greift jedoch dasselbe an, verhöhnt die Linke und dankt Gott, daß sie aus so schwachsinnigen Männern bestände, weil sonst der 12. Juli zu sehr Schlimmem hätte führen müssen. Die übrigen Blätter, mit Ausnahme der drei radikal, billigen so ziemlich das Manifest der Linken, wenn es auch einigen, wie z. B. dem "Avenir National", nicht vollständig behagt.

— Das Gericht von Villefranche hat heute sein Urteil in der Angelegenheit von Aubin gesprochen. Von den Angeklagten ist einer zu sechs Monaten, einer zu fünf, einer zu vier, einer zu drei, einer zu zwei, acht zu einem Monat, drei zu 14 Tagen und vier zu acht Tagen Gefängnis verurtheilt. Sechs wurden solidarisch in die Frist verurtheilt, einer freigesprochen.

Paris, 18. Nov. (Tel.) An der Börse zirkulirten heute wieder Gerüchte über Ministerveränderungen, welche von einigen Abendblättern bestätigt werden. "Public" sagt, Ollivier sei zum Minister des Innern, Forcade zum Handelsminister bestimmt. "Gazette de France" meldet, Ollivier würde ein Ministerium nur unter der Bedingung bilden, daß der gesetzgebende Körper sofort nach Botirung des Budgets, sowie eines neuen Wahlgesetzes und des Gesetzes betreffend die Konstituierung der Municipalitäten, aufgelöst würde.

#### Spanien.

Madrid. Es wird dementirt, daß die spanische Regierung oder der spanische Gesandte in Paris der französischen Regierung Mittheilungen in Bezug des Herzogs von Madrid gemacht haben. Die von der Grenze eingeroffenen Nachrichten sind geeignet, jede Besorgniß vor karlistischen Angriffen zu befechten. Der Herzog von Madrid weilt noch immer an den Ufern des Genfersees.

#### Italien.

Florenz, 18. Nov. (Tel.) Die Thronrede, mit welcher das Parlament heute durch den Groß-Siegelbewahrer eröffnet wurde, gedenkt zunächst der jüngsten Krankheit und Wiederherstellung des Königs, welcher durch die von allen Seiten ihm zugehenden Beweise trauriger Theilnahme auf das Tiefste gerührt worden sei. Nachdem also dann die Geburt des Prinzen von Neapel erwähnt gefunden hat, betont die Rede die guten Beziehungen Italiens mit sämtlichen Mächten: "Wenn die Aufrechterhaltung des Friedens von allen Denjenigen gewünscht wird, welche den Fortschritt der Völker lieben, so muß dies in noch höherem Grade in Italien der Fall sein, welches noch mit seiner innern Reorganisation beschäftigt ist. Die Regierung habe den Bischofs für den Besuch des Konzils keine Hindernisse in den Weg gelegt. Der König gebe den Wunsch, daß aus dem Schoße dieser Versammlung der Versöhnung von Glauben und Wissenschaft, von Religion und Zivilisation das Wort geredet werde. Die Nation dürfe bei Allem, was auch kommen möge, sicher sein, daß der König das Recht des Staates und dessen Würde intakt erhalten werde. Eine gute Verwaltung und die Herstellung der Ordnung in dem Finanzwesen sei der Wunsch der Bevölkerung, und eben dies erwarte auch der König vom Parlamente, wie von seiner Regierung. Die erste und dringende Bedingung zur Erreichung dieses hochwichtigen Ziels sei die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Budget. Nach Erledigung des Budgets werde die Regierung verschiedene Vorlagen beußt Besserung der gegenwärtigen Steuerverhältnisse einbringen. Wie die Nation vor keinem Opfer zurückgewichen sei, zum den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, so sei es auch die Pflicht der Regierung wie des Parlamentes darauf hinzuwirken, daß diese Opfer auch in Wahrheit ihren Erfolg haben. Es werden ferner Vorlagen angekündigt betreffend die Vereinfachung der Administration, die Hebung der Industrie, die Unifizirung der Strafgesetze, die Reorganisirung der Land und Seemacht, sowie die Umbildung der Nationalgarde und die Einführung des Prinzips der Verantwortlichkeit in der Administration. Die Rede konstatirt schließlich den unverkennbaren Fortschritt der Nation auf dem ökonomischen Gebiete; der König gebe sich der Hoffnung hin, daß dieser Fortschritt durch die Gesetzgebung noch weiter ermutigt werde und daß das Parlament vor Allem seine Sorgfalt darauf richten werde, die öffentliche Wohlfahrt zu fördern. — Italien. Rente 56,10.

Florenz, 12. Nov. Ein im ganzen Lande schmerlich empfundener Nebelstand ist nicht nur die in einer der legten Nummern der "Perseveranza" sehr unglimpflich geschilderte Ungänglichkeit der in Bezug auf die Mahlsteuer getroffenen Maßregeln (die "Bähler" taugen nichts und kosten viel), lassen sich vielfach nur andringen, wenn man nicht nur das Massenwerk, sondern die ganze Mühle um einige Fuß erhöht, die in Ställen gemachten sind schlecht, da die Regierung den Unternehmern ein Modell mit der Weisung gegeben hat, die Kopien ganz anders und nach eigenem Geschmack zu machen, sondern auch ein Anderes. Man behandelt nämlich die verschiedenen Theile, je nachdem man die Bevölkerung mehr oder minder fürchten zu müssen glaubt, ganz ungleich. Am schlimmsten die Emilia, viel glimpfliger die Romagna, wieder brutal verfahrt man in Kalabrien, wo ein sehr gutmütiger Menschenschlag ist, während man die Lombarden mit Glashandschuhen ansetzt. Die Egesutoren nehmen, mit Revolvern bewaffnet, 20 bis 30 Soldaten Verstärkung, den Nichtzähler, und das sind die meiststen, Mobiliar und die Zugthiere weg. Wollen sie diese verkaufen, dann heißt es: "Morte a chi comprala" und viele sind dem Dolche zum Opfer gefallen. In der Romagna hat man deshalb viele Rückstände erlassen, in der Emilia nicht, und so geht überall große Unzufriedenheit.

Aus Rom wird dem „P. Lloyd“ telegraphirt, es stehe der Erlass einer päpstlichen Bulle bevor, nach welcher für den Fall des während des Konzils eintretenden Todes des heiligen Vaters nicht das Konklave der Kardinäle, sondern die gesammten bischöflichen Mitglieder des Konzils den neuen Papst zu wählen hätten.

### Großbritannien und Irland.

**London**, 16. Nov. Es wird bestimmt angenommen, daß der französisch-englische Handelsvertrag erhalten bleibt. Betreffs einiger französischerseits gewünschter Tarifänderungen dürften Verhandlungen durch beiderseitige Kommissionen stattfinden. — Zu Anfang des nächsten Jahres erwarten die hiesigen Freunde Garibaldis dessen bereits früher angekündigten Besuch. Die letzten Nachrichten aus Kaprera stellen ihn bestimmt in Aussicht. — Die Vermehrung des Oberhauses durch 10 neue Peers zu einer Zeit, da kaum der Lärm über die Nuplosigkeit desselben verholt ist, erscheint der „Times“ fast wie ein Widerspruch. Zumal die Thatzache, daß die Kandidaten für das Peerskönlein zum Theil aus heutigen und früheren Parlamentsmitgliedern besteht, erscheint ihr nur insofern erklärlich, als mit der Last der Jahre die Thätigkeit im Unterhause eine zu angestrenzte werde und das andere Haus als eine Art Hühnchen daneben erscheine, in dem das Geiste der Wellen nur soweit eindringe, daß der Geist die Befriedigung habe, nicht ganz von der allgemeinen Fluth des Lebens abgeschnitten zu sein. Dabei benutzt das leitende Blatt die Gelegenheit, die jüngst besprochenen Peerstitel auf Lebenszeit wieder einmal in empfehlende Erinnerung zu bringen, und bemerkt, aus dem alternden Whig oder seinem Erben werde im Oberhause nur allzuleicht ein Konservativer, und wenn man das Haus der Lords mit dem mehr fortschrittlich gesunden Unterhause in Harmonie bringen wolle, ohne zugleich seine Zahl übermäßig zu vergrößern, so biete der Ausweg, Peers auf Lebenszeit zu ernennen, das beste Mittel. — Gegenüber der von Paris aus verschiedentlich verbreiteten Angabe, Louis Blanc sei entschlossen, nach Frankreich hinüberzugehen und in Paris zu kandidieren, ist die „Engl. Korr.“ in der Lage, die Mitteilung zu machen, daß diese Nachricht weder nach der einen noch nach der andern Seite auf Wahrheit beruht. Louis Blanc befindet sich in London und denkt weder daran, überzusiedeln, noch eine Kandidatur anzunehmen.

### Schweden und Norwegen.

**Stockholm**, 10. Nov. Das höchste Tribunal hat vier von den dem Könige von dem letzten Reichstage vorgelegten Gesetzesvorschlägen gemäßigt und von der Bestätigung derselben abgeraten, nämlich: 1) Veränderung des bestehenden Gesetzes in Betreff fremder christlicher Glaubensbekennner und ihrer Religionsausübung; 2) Aufhebung der Verantwortlichkeit für densjenigen, welcher zu einer irrtigen Lehre (womit hier natürlich jede solche gemeint ist, die nicht mit der evangelisch-lutherischen nach der unveränderten augsburgischen Konfession übereinstimmt) übertritt oder eine solche ausbreitet; 3) Änderungen in dem Konkurrenzgesetz in Betreff der Abtretung des Gläubigerbedes, sowie in dem Akkord; 4) die Einführung eines eigenen Advokatenstandes.

### Aufland und Polen.

**Petersburg**, 16. Nov. Bei der zweiten Abtheilung der kaiserlichen Kanzlei ist behufs der Revision der gegenwärtigen Zensur- und Presbestimmungen eine Spezialkommission gebildet worden. In dem hierauf bezüglichen kaiserlichen Reskript, in welchem der vaterländischen Presse die größtmöglichen Erleichterungen gewährt werden, wird andererseits gesagt, daß das Gesetz den Verwaltungsbehörden, sowie den Gerichten die erforderliche Macht verleihen müsse, um den schädlichen Einfluß der maflosen Presse zu verhüten.

**Petersburg**, 18. Nov. (Tel.) Die Ordre, betreffend die im Januar und Februar 1870 vorzunehmende Rekrutenausbildung für das ganze Kaiserreich und das Königreich Polen ist vom Kaiser unterzeichnet worden und wird demnächst veröffentlicht werden. Es werden 4 Männer per Tausend eingezogen werden. — Die Kaiserin wird heute Abend in Zarzkofels erwartet.

### Türkei und Donaupräfektur.

**Ismailia**, 18. Nov. (Tel.) Der Kronprinz von Preußen machte gestern eine Fahrt auf der Yacht „Grille“ durch den Suezkanal bis Ismailia. Die Fahrt verlief sehr günstig. Der Prinz wohnt heute den hier stattfindenden Feierlichkeiten bei und geht morgen die Reise nach Suez fort. — Bei dem gestrigen Banket, an welchem die Mitglieder des kommerziellen Kongresses, sowie die Vertreter der Handelskammern und der Verwaltungsrath des Suezkanals auf Einladung des Hrn. v. Lesseps Theilnahmen, hielt derselbe eine Rede, in welcher er vor Allem hervorhob, daß es dringend geboten sei, die gegenwärtige Justizorganisation in Egypten, welche die Hilfsquellen der Suez-Kompanie lähme und den Handel hemme, zu reformiren. Die ägyptische Regierung sei hierzu bereit und befindet sich hierüber auch im Einverständniß mit anderen Mächten; doch sei mit Bedauern zu konstatiren, daß gerade die französische Regierung dieses Reformprojekt, welches sowohl für die Suezkompanie, als auch für die hier ansässigen Fremden und für die eingeborene Bevölkerung so dringend nothwendig sei, den größten Widerstand entgegengestellt. Der Redner erwähnte schließlich, daß der Verwaltungsrath der Suezkompanie in dieser Angelegenheit an die französische Regierung eine Petition gerichtet habe, welche hoffentlich von allen Interessenten unterstützt werden würde. Die Rede wurde von der Versammlung sehr günstig aufgenommen. Der Präsident des österreichischen Lloyd erklärte, die Petition unterstützen zu wollen. — Die Fahrt in den See von Ismailia ist glücklich von Statten gegangen. Der Kanal zeigte überall guten Grund. Dreißig bis vierzig Schiffe ankern gegenwärtig gleichzeitig in dem See von Ismailia. Morgen wird die Fahrt nach Suez fortgesetzt.

### Vom Vortage.

#### 22. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

**Berlin**, 18. November. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministerialen Graf Eulenburg und Reg.-Komm. Persius. Das aus dem Herrenhause herübergemommene Gesetz, betr. die Ausdehnung der Gemeindeheilungsordnung auf die Zusammenlegung solcher Grundstücke, welche einer gemeinsamen Benutzung nicht unterliegen, wird der Agrarcommission überwiesen. Mehrere neu eingetretene Abgeordnete werden auf die Verfassung vereidigt; Ahlmann und Krüger sind nicht erschienen. Präsident: Sobald sich die beiden Abgeordneten einfinden, werde ich sie zur bedingungslosen Ableistung des Eides auf die Verfassung auffordern, und es wird sich dann das Weitere lautet:

Reklamationen gegen die Veranlagung der Kreisabgaben sind von der Bezirksregierung, in höherer Instanz von dem Oberpräsidenten zu entscheiden.

Dazu beantragen 1) v. Hennig: „Den § 14 so zu fassen: Beschwerden der Gemeinden und einzelner Kreisangehöriger wegen Überförderung sind zunächst beim Kreisausschuß zur Prüfung (Miquel fügt hinzu: „und Entscheidung“) anzubringen, sodann von der Bezirksregierung in letzter Instanz zu entscheiden. — Beschwerden, welche darauf gerichtet sind, daß der Kreistag nicht befugt sei, die betreffende Abgabe auferzulegen oder daß der Beschwerdeführer zum Beitrage nicht heranziehen sei, unterliegen dem ordentlichen Rechtswege, halten jedoch die einstweilige Einziehung der Abgaben nicht auf. — Beschwerden gegen Ausgaben und deren Vertheilung, welche der Kreistag innerhalb der Grenzen des Gesetzes beschlossen hat, sind unstatthaft.“

2) v. Kardorff: „Beschwerden der Gemeinden und einzelner Kreisangehöriger wegen Überförderung sind zunächst beim Kreisausschuß zur nochmaligen Prüfung anzubringen, sodann von dem Provinzialausschuß in letzter Instanz zu entscheiden.“ 3) v. Bockum-Dolffs: „im § 14 statt „Oberpräsidenten“ zu setzen: „Minister des Innern.“ Endlich 4) will v. Eingenhahls den § 14 in die Kommission verweisen, (wird abgelehnt).

Abg. v. Salzwedel gegen den Hennigschen Antrag. Die Bezirksregierungen bieten dieselbe Garantie bei Reklamationen, wie der Richter nach Recht und Gesetz, die Regierung aber nur willkürlich entscheiden kann, kann nur aus einer unbegrenzten Unkenntnis des Verfahrens der Regierungen hervorgehen. Abg. v. Dietz ist für das erste Alinea des Hennigschen Antrages, da ja auch bei der Einkommensteuer die erste Beschwerdeinstanz Mitglieder des Kreistags sind, aber gegen den v. Bockum-Dolffs, weil er dem Zwecke der Vorlage, zu dezentralisieren und die Behörden zu entlasten, entgegensteht.

Abg. v. Hennig: Unter Antrag ist nicht aus Mißtrauen gegen die Verwaltungsbehörden, sondern aus der Erwagung entstanden, daß die in Alinea 1 erwähnten Entscheidungen vor die Verwaltungsbehörden nicht gehören. Die in Alinea 2 erwähnten gehören vor ein Organ, das mit den Kreisverhältnissen nicht zusammenhängt, d. h. vor den Richter. Das letzte Alinea ist als Korrelat zu den beiden ersten nothwendig.

Reg.-Komm. Persius: Die Regierung kann den Hennigschen Antrag besonders wegen seines zweiten Alinea nicht annehmen, das eine durchgreifende Änderung des bestehenden Rechtszustandes insofern erhält, als es entgegen der Bestimmung des Landrechts (Teil II. § 78 u. 79) bei Reklamationen gegen außerlegte Kreissteuern den Rechtsweg zuläßt. Daraus können leicht nachtheilige Folgen eintreten, indem der Richter die Frage für die Kreisabgaben vielleicht anders entscheidet, als die Verwaltungsbehörden sie in Betreff der Staats- und Kommunalabgaben entscheiden, deshalb hält die Regierung für alle drei Arten von Abgaben nur eine allgemeine Entscheidung für zulässig. Der Rechtsweg ist besonders bedenklich in den Fällen, wo es sich um die Befugnis des Kreistages handelt, Abgaben aufzuerlegen. Der Richter wird hier beurtheilen müssen, ob die Ausgaben, für die die Abgabe bestimmt ist, im Interesse des Kreises ist. Diese Beurtheilung kann aber nur den Verwaltungsbehörden zufallen. Gegen den v. Kardorffschen Antrag ist nichts zu erinnern, der v. Bockum-Dolffs aber unannehmbar.

Abg. v. Kardorff ist mit dem ersten Alinea des v. Hennigschen Antrages einverstanden; Alinea 2 aber (die Entscheidung über Reklamationen an die Gerichte zu wenden) würde große Verwirrung hervorrufen und die Autorität der Gerichte schwächen. Vor Jahren strebte besonders die liberale Partei nach Befreiung der Gerichte von den Verwaltungsgeschäften, jetzt zeigt sie das entgegengesetzte Streben, das, wenn es sein Ziel erreicht, zwar die alte Bürokratie befreit, aber eine neue schafft, die nicht verwalteten gelernt hat und deshalb schlechter ist, als die alte. Lehnen Sie daher den Antrag ab.

Abg. Lasker: Dieselbe Verwirrung, die Herr v. Kardorff von der richterlichen Entscheidung über Reklamationen befürchtet, kann ebenso bei der Entscheidung durch die Regierung entstehen, wenn die Reklamation als begründet erachtet wird. Wir wollen diese Entscheidung dem Richter übertragen, weil dieser in einem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zu entscheiden hat, während die Verwaltungsbehörden nach eigenem Arbitrium entscheiden. Die Widersprüche, die Abg. Scharnweber in unserem Antrage findet, lösen sich, wenn er bedenkt, daß hier drei verschiedene Fälle vorliegen, für die wir, um sie auseinander zu halten, drei Wege aufgestellt haben. Die Einwendungen sind lediglich Opportunitätsgründe, weil das Ding nun einmal „Steuern“ heißt, alle Steuern in gleicher Weise behandeln wollen, heißt zu einer Schwäche greifen, was man uns sonst gewöhnlich zum Vorwurf macht. Für die Kreissteuern haben Sie eine bestimmte gesetzliche Befugnis hingelegt. Siehe Sie nun auch die Konsequenz, daß bei Verstößen dagegen nur der Rechtsweg beschritten werden darf. Denn sonst haben Sie ein Gesetz geschaffen, welches nach Belieben angewendet werden kann oder nicht. Zwischen Kreis-, Staats- und Kommunalsteuern ist ein Unterschied und kommen wie so weit, auch für die Kommunen ein bestimmtes gesetzliches Steuermäß festzustellen, dann werden wir auch da den Rechtsweg bei Reklamationen ohne Weiteres zulassen. Der Herr Minister des Innern hat gestern den Unterschied zwischen Verwaltungsbeamten und Richtern dargelegt; die letzteren haben zu entscheiden, wo ein Gesetz vorhanden ist; wo dies fehlt, da entscheiden die Verwaltungsbeamten nach ihrem Arbitrium. Nachdem Sie in § 9 einen gesetzlichen Maßstab für die Kreissteuern beschlossen haben, können Sie bei Reklamationen nur den Rechtsweg zulassen. (Beispiel links.)

Abg. Graf Eulenburg: Der Hennigsche Antrag hat jeden Boden verloren, nachdem der frühere, dem Kreistage nur für bestimmte Zwecke die Befugnis zugestehen, Steuern aufzuerlegen, abgelehnt ist. Nur, wenn dieser Antrag angenommen wäre, würde man das dritte Alinea des jetzt vorliegenden verstehen. Die Unterscheidung der drei verschiedenen Fälle ist praktisch ganz wertlos; doch haben wir gegen Alinea 1 nichts zu erinnern. Daß aus § 9 die Zulässigkeit des Rechtsweges folge, vermag ich nicht einzusehen, er ist vielmehr nur aus Mißtrauen gegen die Verwaltungsbehörden vorgeschlagen, und mit Unrecht, denn aus eigener Erfahrung weiß ich, daß, wenn auch in etwas laxerer geistiger Form als in den Gerichten, doch mit minutiöser Genauigkeit in den Regierungskollegien verfahren wird. Die Entscheidung der Gerichte ist in vielen Beziehungen nützlich; aber in Verwaltungsfällen ist die Entscheidung von Männern, die mit diesen Dingen immer in Verbindung sind, gewiß mehr am Platze.

Abg. Scharnweber: Der Hennigsche Antrag hat jeden Boden verloren, nachdem der frühere, dem Kreistage nur für bestimmte Zwecke die Befugnis zugestehen, Steuern aufzuerlegen, abgelehnt ist. Nur, wenn dieser Antrag angenommen wäre, würde man das dritte Alinea des jetzt vorliegenden verstehen. Die Unterscheidung der drei verschiedenen Fälle ist praktisch ganz wertlos; doch haben wir gegen Alinea 1 nichts zu erinnern. Daß aus § 9 die Zulässigkeit des Rechtsweges folge, vermag ich nicht einzusehen, er ist vielmehr nur aus Mißtrauen gegen die Verwaltungsbehörden vorgeschlagen, und mit Unrecht, denn aus eigener Erfahrung weiß ich, daß, wenn auch in etwas laxerer geistiger Form als in den Gerichten, doch mit minutiöser Genauigkeit in den Regierungskollegien verfahren wird. Die Entscheidung der Gerichte ist in vielen Beziehungen nützlich; aber in Verwaltungsfällen ist die Entscheidung von Männern, die mit diesen Dingen immer in Verbindung sind, gewiß mehr am Platze.

Abg. Scharnweber: Das dritte Alinea des v. Hennigschen Amendements werde in jedem Falle den Rechtsweg zulassen. Über die Frage, inwiefern bei Beschwerden über Überförderung der Rechtsweg zuläßt sei, müsse es bei der bisherigen Praxis sein; Beweiden haben. Der Richter könne nicht darüber ein Urteil fällen, ob eine Ausgabe im Interesse des Kreises sei.

Abg. v. Hoverbeck: Gegen das betrachte ich als ein Sicherheitsventil, daß der Richter sein Augenmerk darauf richten soll, ob eine Ausgabe den Interessen des Kreises entspricht oder nicht. (Große Heiterkeit rechts). Mr. H., ebenso wie ich gewohnt bin, von Ihnen Ansichten zu hören, die ich kaum begreife, bitte ich Sie, auch mit mir gütig ebenso zu verfahren. (Heiterkeit). Gegen Alinea 1 des Hennigschen Antrages habe ich das Bedenken, daß die Bezirksregierung die letzte Instanz bilden soll; doch werde ich vorläufig dafür stimmen, in der Vorauflösung, daß später ein Bezirkstrat oder ein Provinzialrat eingesetzt wird, auf den dann diese Befugnis übergehen würde. Bei Alinea 3 ist es schwer, den Unterschied zwischen Beschwerden über Vertheilung und solchen über Überförderung zu präzisieren.

Abg. v. Kardorff: Wenn der Richter entscheiden soll, welche Ausgaben im Interesse des Kreises liegen, wozu haben wir den überhaupt Kreisabgeordnete? — Gegen den ordentlichen Rechtsweg bei Beschwerden über die Gesetzmäßigkeit von Steuern allein gelten lassen will. In einem alle

Steuern gleichmäßig umfassenden Gesetz würde ich mit Freuden für den Rechtsweg stimmen.

Abg. v. Dietz: Die Trennung der Fragen, ob der Kreistag befugt ist, gewisse Kreisabgaben zu beschließen, und ob er befugt ist, dazu gewisse Personen heranzuziehen, ist praktisch nicht durchzuführen.

Abg. Miquel: Die Antragsteller fassen ihr Alinea 2 im entgegesezten Sinne auf, als v. Hoverbeck. — Alinea 3 hat nur den Zweck, das allgemeine Beschwerderecht gegen die Beschlüsse des Kreistages unmöglich zu machen. Denn wenn überall die Regierung soll hineingreifen können, wird ja die Selbstverwaltung vollkommen illusorisch.

Abg. Graf Eulenburg: Unsere Heiterkeit bei der Bemerkung des Hrn. v. Hoverbeck hatte nicht den Grund, weil wir seine Ansicht für eine so exorbitante halten, sondern weil wir darin eine Bestätigung unserer Besorgnis sahen, daß man jenes Alinea so deuten könnte, wie er es gethan hat. Darin ändert auch die gegenwärtige Erklärung Miquels nichts.

Abg. v. Hoverbeck: Ich werde für das fragliche Alinea in dem Sinne stimmen, den ich damit verbinde, ich würde aber auch dafür stimmen, wenn die Auslegung Miquels die allein mögliche wäre.

Bei der Abstimmung wird Alinea 1 des Hennigschen Antrages mit Miquels Zusatz fast einstimmig, Alinea 2 mit 181 gegen 155 Stimmen (dagegen die Rechte und J. Jacoby) angenommen; Alinea 3 abgelehnt. Die Fassung der Vorlage und die Anträge v. Kardorff und v. Bockum-Dolffs sind damit beseitigt.

§ 15 der Vorlage lautet: Die dem Staat gehörigen, zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmten Liegenschaften und Gebäude, die königlichen Schlösser, sowie die in § 4 zu c und d des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer und die in § 3 und 2 bis 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betreffend die Einführung der allgemeinen Gebäudesteuer bezeichneten Grundstücke und Gebäude, desgleichen die Dienstgrundstücke der Geistlichen, Kirchendiener und Clementar-Schullehrer sind von den Kreislasten befreit.

v. Hennig, v. Hoverbeck u. Gen. fassen den § 15 so: Befreit von den Kreislasten sind 1) die dem Staat, der Provinz, dem Kommunalverbande, dem betreffenden Kreise oder einer innerhalb des Kreises gelegenen Gemeinde oder Schul-Societät angehörigen Grundstücke, soweit dieselben zum öffentlichen Dienst oder Gebrauch bestimmt sind; 2) Kirchen, Kapellen und andere dem öffentlichen Gottesdienste gewidmete Gebäude; 3) die königlichen Schlösser; 4) Brücken, Kunststraßen, Schienenwege der Eisenbahnen und schiffbare Kanäle, welche mit Genehmigung des Staates von Privatpersonen oder Aktiengesellschaften zum öffentlichen Gebrauch angelegt sind. — Die Bestimmung zu einer Dienstwohnung ist unter der Bestimmung zum öffentlichen Dienst oder Gebrauch nicht einbezogen.

Abg. Solger zieht der ausdrücklichen Aufzählung der betreuten Grundstücke den Vorzug vor der von der Regierung beliebten Bezeichnung auf ältere Gesetze, ist aber nicht einverstanden mit der Beglaßung der Dienstgrundstücke der Geistlichen, Schullehrer u. s. w., der Nichterwähnung der Gütsbezirke neben den Gemeinden in Alinea 1 und vermischt vor Allem die Armen, Waisen, Krankenhäuser und die Gebäude, die milden Stiftungen angehören und für deren Zwecke benutzt werden. (Redner beantragt die Aufführung der letzteren Kategorie als Nr. 5 im Hennigschen Antrage.) Die milden Krankenhäuser des Oberpfälzer Knappensvereins z. B. die von 30,728 Arbeitern für sich und ihre 58,000 Frauen und Kinder mit ihrem Schweiß begründet sind und erhalten werden, dürfen schlechterdings nicht befreit werden.

Abg. v. Hennig beruhigt den Vorredner wegen der nicht erwähnten Gütsbezirke, weil nach seiner Meinung durch den Begriff der Gemeinde der Gütsbezirk schon mit eingeschlossen ist. Es ist ferner bereit, den Grundstücken in Alinea 1, die Gebäude hinzuzufügen (welchen Zusatz Abg. Miquel sofort beantragt.) Dagegen ist er entschieden gegen die Steuerbefreiung der Dienstgrundstücke der Geistlichen, Kirchendiener und Schullehrer, so wie der von der Privatwohltätigkeit gestifteten Anstalten, auch der Krankenhäuser der Knappensvereine.

Nachdem Reg.-Kommissar Persius die Vorlage vertreten, führt Miquel aus, daß der wohltätige Charakter einer Anstalt nicht immer mit Sicherheit festzustellen ist und ihr keineswegs Anspruch auf Steuerfreiheit gibt. In Betreff der Einquartirung hat der Kreistag ebenfalls keine Exemption der Dienstwohnungen zugestanden. Abg. Hagen ist mit Hennigs Antrag fast einverstanden, nur wünscht er in Alinea 4 bei den Brücken, Eisenbahnen u. s. w., welche mit Genehmigung des Staates angelegt sind, die Worte „von Personen oder Aktiengesellschaften“ zu streichen, weil sich herausgestellt hat, daß die Regierung in wiederholten Entscheidungen einen Unterschied statuirt hat zwischen Eisenbahnen, die von Aktien und solchen, die von Kommandit-Gesellschaften gebaut sind. Es könnte also nach dem Wortlaut des Hennigschen Antrages passieren, daß eine von der Diskonto-Gesellschaft gebaute Bahn zu den Kreisabgaben herangezogen wird. (Redner beschränkt auf Hennigs Rath seinen Antrag lediglich auf Streichung des Wortes „Aktien“ in Alinea 4, so daß dafelbe lauten würde: Brücken u. s. w., welche mit Genehmigung des Staates von Privatpersonen oder Gesellschaften zum öffentlichen Gebrauch angelegt sind.)

Bei der Abstimmung wird § 15 in der Hennigschen Fassung mit dem Miquelschen Zusatz in Alinea 1 (Gebäude) und der Hagenschen Streichung (von Aktien) in Alinea 4 angenommen.

§ 16 der Vorlage lautet: Die Besteuerung des Diensteinkommens der unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten ist nur insofern zu zulassen, als die Beiträge derselben zu den Bedürfnissen der Gemeinde ihres Wohnorts nicht bereit sind in Gemäßheit des §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 bestimmte Maximum erreichen, und auch dann nur innerhalb der Grenzen des im § 2 an ungefähren Orten bestimmten höchsten Salzes. Der § 10 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 findet auch auf die Heranziehung zu den Kreisabgaben Anwendung.

Abg. v. Hennig beantragt § 16 so zu fassen: Das Einkommen der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten sowie der Geistlichen und Kirchendiener unterliegt der Zuziehung der Kreislasten ebenso, wie das Einkommen der anderen Kreisangehör

haben wird; die meisten und namentlich die größeren Städte werden aber den einfachen Weg des Aufschlages zu den Kommunalsteuern vorziehen und dann können die Beamten nicht getroffen werden.

Abg. Lasker: Da der § 10 den städtischen Behörden vollkommen freie Hand lässt, so werden diese schon den geeigneten Modus zur Heranziehung der Beamten zu finden wissen: sie brauchen nur zu beschließen, daß alle diejenigen, die durch den Aufschlag nicht getroffen werden, ihren Anteil in Höhe eines bestimmten Prozentsages entrichten sollen.

Abg. Hagen dankt dem Reg.-Komm. für den Wink, durch den er das Haus veranlassen werde, bei der zweiten Beratung des § 10 einer solchen Interpretation, wie er sie gegeben, einen Siegel vorzuschreiben. Die Ansicht von der Ungerechtigkeit der Befreiung der Beamten von Kreis- und Kommunallasten habe sich bei den verschiedensten Gelegenheiten, z. B. bei dem Gesetzentwurf über die Heranziehung der Beamten in Neu-Borpomern, in Beschlüssen des Hauses ausgesprochen. Auch der Reichstag habe der Ausdehnung solcher Exemtionen auf die Bundesbeamten wiederholt den entschiedensten Widerstand geleistet; mit diesen Beschlüssen dürfe sich das Haus nicht in Widerspruch setzen.

Abg. v. Hoverbeck: Mit denselben Rechten, wie der Beamte, müßte auch der Abgeordnete von den Abgaben befreit werden, denn auf ihn passen dieselben Gründe: er unterscheidet sich von jenem nur dadurch, daß er nicht vorher genau weiß, wie viel Thaler er im Laufe des Jahres einnehmen wird. Den Modus, wie die Beamten auf Grund des § 10 heranzuziehen sind, mögen man den städtischen Behörden selbst überlassen. Es könnte infolge erscheinen, die Beamten zu den Kreislasten heranzuziehen, während sie von den Kommunallasten frei sind; ich halte es aber für besser, hier einen Anfang zu machen, als das Prinzip ganz fallen zu lassen.

Abg. v. Behr: Wenn das Haus die Beamten durch Aufhebung der Exemtionen belasten will, so muß es gleichzeitig dem Staat so und so viel Millionen mehr bewilligen, um die Beamten durch Gehaltserhöhung zu entschädigen.

Abg. v. Brauchitsch (Elbing) warnt die Linke, die Schwierigkeiten von Paragraph zu Paragraph zu häufen und dadurch die Gefahr des Nicht-aufstandes des Gesetzes herauszubewahren. Die rechte Seite sei bereits bis zur äußersten Grenze entgegengelommen. — Abg. v. Hennig: Wir stimmen hier nach wohlerwogenen Überzeugung und werden uns nicht an derartige nichtige Drohungen lehnen.

Das Amendement Hennig wird mit 167 gegen 148 Stimmen angenommen. (Während der Sitzung treten zahlreiche Abgeordnete durch die verschiedenen Thüren in den Saal.) Der Präsident will künftig bei Vornahme der Sitzung die Thüren schließen lassen, da durch das Hinzukommen neuer Stimmen das Bild der Abstimmung vollkommen geändert werde und die Sitzung nur den Zweck habe, das Resultat der vorher zweifelhaften Abstimmung festzustellen.

Abg. Lasker billigt die Tendenz dieses Vorschlags, bestreitet jedoch auf Grund der Geschäftsaufstellung dem Präsidenten das Recht, während irgendeiner Handlung des Hauses die Thüren schließen zu lassen. Jeder Abgeordnete habe das Recht, bis zum Schluß der Abstimmung seine Stimme abzugeben. — Der Präsident erklärt, die Frage der Geschäftsaufstellungscommission zur Berichtigung überweisen zu wollen, er hoffe, durch seine Worte vorläufig seinen Zweck erreicht zu haben.

§ 17 lautet: Für jeden Kreis kann durch Beschluß des Kreistags ein Kreis-Statut errichtet werden. Dasselbe hat den Zweck, diejenigen die Kreis-Verfassung betreffenden Gegenstände näher zu ordnen, hinsichtlich deren das gegenwärtige Gesetz Verchiedenheiten gestattet oder keine ausdrücklichen Bestimmungen enthält. Diese statutarischen Anordnungen dürfen den bestehenden Gesetzen niemals zuwider laufen.

Abg. v. Hennig beantragt diesen § zu streichen, eventuell statt der gesperrten Worte zu sagen: „oder welche sonst das Gesetz der statutarischen Regelung überweist.“

Abg. Grumbrecht befürwortet die Streichung, weil die Kreistage sonst auf Grund dieser statutarischen Bestimmungen die ganze Kreisordnung aus den Augen heben könnten.

Abg. v. Dies bedauert im Gegenteil, daß diese Kreisstatute in so enge Grenzen gezogen seien, man müsse jeder einzelnen Provinz die Möglichkeit lassen, in dem Kreisstatut ihren Eigentümlichkeiten Rechnung zu tragen. Auch könne es leicht einmal dahn kommen, daß die Intelligenz auf den Kreistagen nur zu einem Drittel vertreten sei, dann würde es ein Korrektiv dagegen nur im Kreisstatut geben. Abg. Graf Schwerin wird für den event. Antrag von Hennig stimmen, so werde den Besorgnissen nach jeder Seite hin vorgebeugt werden.

Abg. Miquel: Das Statut, wenn dasselbe überhaupt ein Bedürfnis sein sollte, darf den Kreisen nicht die Möglichkeit geben, Verfassungsbestimmungen verschieden zu gestalten; es kann auch kein Beispiel angeführt werden, welches die Notwendigkeit erwiese, daß der Kreis seine Verfassung selbst ergänzen müsse. Die statutarischen Bestimmungen werden nur die Kreistage unnötig einnehmen und können leicht zur rechtlichen Anarchie führen. — Abg. v. Kardorff stellt das Amendement, in dem § 17 hinter den Worten „die Kreisverfassung“ hinzuzufügen und Verwaltung.“

Abg. Lasker: Auf dem Wege statutarischer Bestimmungen hat man in der preußischen Unterrichtsverwaltung das Gesetz bei Seite geschafft und dann behauptet, diese Statuten seien althergebrachtes Recht in Preußen; mit den Kreisstatuten können wir dasselbe erleben. Innere Angelegenheiten wird der Kreistag ja immer ohnehin durch Reglement regeln können. Glauben Sie nur nicht, daß Sie, indem Sie das Kreisstatut beschließen, damit die Selbstverwaltung befehlen. Das Statut soll nach späteren Paragraphen der Bestätigung des Königs oder des Ministers unterliegen, der Kreis wird also, wenn er das Statut einmal hat, dasselbe auch nur mit Genehmigung derselben aufnehmen und das ist keine Förderung, sondern eine Beschränkung der Autonomie.

Der Minister des Innern: Der Begriff des Kreisstatuts ist in allen Kreisen ein außerordentlich beliebter und mit bei den Vorarbeiten zu dieser Vorlage überall entgegengesetzter. Das Statut soll sich auf alle diejenigen Gegenstände erstrecken, die im Gesetze nicht geordnet sind und nicht im Biderprache zu ihm stehen. Einiges Gedanken hat die Vorlage aufrecht erhalten, und es ist nicht ratsam, ihn ganz fallen zu lassen. Die Beziehungen der verschiedenen Kreise sind in einer Art mannigfaltig, wie es sich jemand der weniger damit in Berührung gekommen ist, kaum vorstellen kann. Gehen Sie dieser unendlichen Mannigfaltigkeit des lebendigen Letzten eine gewisse Latitudine, und umgeben Sie meinmöglichen das Kreisstatut mit der Grenze des Gesetzes, aber strecken Sie es nicht ganz. Ich bemerkte noch, daß auf dies Kreisstatut von den Mitgliedern des andern Hauses ein besonderer Wert gelegt wird, und bitte daher nicht Schwierigkeiten zu häufen auf eine Bestimmung, auf die Sie Ihrerseits besonderen Wert zu legen gar keine Veranlassung haben.

Abg. Graf Schwerin: Das letzte Argument des Herrn Ministers ist wenig geeignet, Iemanden für den Paragraphen stimmen zu lassen; ich werde aber trotzdem für denselben stimmen, aber gegen das Kardorffsche Amendement.

Der Minister des Innern: Ich halte mein letztes, vorhin angeführtes Argument sowohl für parlamentarisch, wie zweckmäßig. Man kann sich nicht früh genug daran gewöhnen, zu überlegen, was man bei den einzelnen Gesetzesfaktoren durchsetzen kann. Würden Sie es mir nicht zum Vorwurf machen, wenn ich Ihnen bei einem Beschlusse, dem die Regierung nicht zustimmen kann, dies nicht vorher sage? Im Herrenhaus werde ich sehr oft Gelegenheit haben, auf die Nichtzustimmung dieses Hauses hinzuweisen.

Abg. v. Hoverbeck: Ich halte diese Art auch für ganz praktisch. Wir werden durchaus darauf aufmerksam gemacht, daß das Herrenhaus für ein Statut eine gewisse Liebhaberei hat. Wir wollen es deshalb auch beschließen, ihm aber zuvor die giftigen Zähne ausziehen durch das Hennig'sche Amendement. Interessant ist, daß die Herren, die für das Statut sprechen, auch nicht einen Punkt genannt haben, wo es von direktem Vorteil wäre, und auch ich, der ich mit dem Leben der Kreise ziemlich vertraut bin, habe keinen solchen Punkt gefunden. Durch die Statute wird gleichsam eine Kreistagslehrre geschaffen, so daß jemand, der von einem Kreis in den andern verzieht, sich erinnert mit den hier geltenden Bestimmungen bekannt machen muß.

Abg. Graf Schwerin: Das wird keine so großen Schwierigkeiten machen. Die Statutstatuten, die wir haben, sind auch sehr verschieden, aber man hat sich überall bald an die gleichen gewöhnt. — Abg. Graf Renard: Der Abg. Miquel hat den Wunsch gehabt, der Grundbesitz möge sich durch Bauern vertreten lassen. Ich stimme dem Wunsche zu, wenn er denselben dahin ausdehnt, daß auch die Städte sich künftig mehr durch praktische Männer und weniger durch Bürgermeister vertreten lassen. (Allseitige Heiterkeit.)

Das Kardorffsche Amendement wird abgelehnt, das Hennig'sche in der Sitzung mit 179 gegen 158 Stimmen angenommen und mit diesem der Paragraph der Vorlage.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag. (Geschäftliche Behandlung der Konvertitionsvorlage, Gesetz, betreffend die Wittwen- und Waisenfassen der Elementarlehrer, Kreisordnung.)

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. Nov. Neben die Sitzung der außerordentlichen Provinzialsynode geht uns von den Herren Schriftführern ein fernerer Bericht zu mit dem Bemerk, daß diese Mittheilungen nicht als amtliche, wie wir in unserem ersten Berichte sie bezeichneten, zu betrachten sind.

In der gestrigen dritten Plenarsitzung der außerordentlichen Provinzialsynode wurde das in den Sitzungen der ersten Kommission vorberathene Proponendum betreffend die Revision der Gemeindeordnung insbesondere die Frage, ob die bisherige bindende Vorschlagsliste bei der Wahl des Gemeinde-Kirchenrats künftig in Weißfall kommen und durch die in dem Proponendum aufgestellten, die Wahlberechtigung und Wahlbarkeit einschränkenden Bestimmungen erweitert werden soll, zur Generaldebatte gestellt. Nachdem der Referent der Kommission, Professor Rößlin, in einem längeren, mehr als einstündigen fesselnden Vortrage die vorliegende Frage von den verschiedensten Standpunkten beleuchtet, und den im Weisfall mit der Vorlage übereinstimmenden Antrag der Kommission im Sinne der Majorität begründet, demnächst auch der Korreferent, Superintendent Mücke, das Gutachten der Minorität der Kommission (Beibehaltung der Vorschlagsliste) ausführlich vorgetragen hatte, sprachen nacheinander 15 Redner für und gegen die Vorlage. Schließlich erhielt der Referent noch einmal das Wort. Die um 9 Uhr eröffnete Sitzung wurde erst um 3½ Uhr Nachmittags geschlossen. — Das in der Eröffnungssitzung gewählte Moderatoren der Synode ist auch nach einer Mitteilung des Hrn. Kommissarius des landesherrlichen Kirchengerichts von dem Evangelischen Oberkirchenrat bestätigt worden. — Die nächste Plenarsitzung findet heut um 9 Uhr statt.

— Obertribunals-Gutscheidung. Am 9. Mai vorigen Jahres war in der neunten Abendstunde in der Scheunenstraße zu Trzemesno eine Scheune in Brand gerathen, und hatte sich das Feuer bald noch mehreren anderen daran grenzenden Scheunen mitgetheilt und sie in Asche gelegt. Als Thäter wurde der 13 Jahr alte Sohn des Töpfermeisters Kluzinsky ermittelt, welcher den Brand mittels Streichholz aus dem Grunde hervorgerufen haben sollte, um seinem Vater eine Prämie zu sichern, wenn denselbe mit seiner Wasserflasche querst auf den Brandstätte erscheinen würde.

Das zuständige Kreisgericht erachtete den Angeklagten der That für überführt und verurtheilte ihn mit Rücksicht auf sein Alter unter zu Grundelegung der §§ 286 und 43 St.-G.-G. zu einem Jahre Gefängnis, in dem es den belastenden Aussagen eines andern gleichaltrigen wiewohl schon bekräftigt Knaben vollem Glauben beilegte. Auf die gegen sententia prima eingelegte Appellation des Vaters des Angeklagten erkannte das Appellations-Gericht zu Bromberg in seiner Audienz vom 29. April c. bestätigt, wie wohl eine Defensionalzeugin befuhrte hatte, daß der Knabe I., dem Appellant ausschließlich der Thäterschaft bezichtigte, an dem fraglichen Abend ganz außer Atem auf ihr Gehöft gekommen sei, sich dort versteckt und ihr auf ihre Frage, weshalb er dies thue, gesagt habe, er werde es ihr später mittheilen. Der Appellationsrichter glaubt dieser Zeugin um deshalb keine volle Glaubwürdigkeit beizumessen zu dürfen, weil dieselbe, ohne bestreit zu sein, wörtlich den Inhalt der auf ihre Vernehmung Bezug habenden Eingabe des Appellanten mitzuhören wußte, und weil ihre Ausdrücke erst so spät geschehen sei. Die gegen das kondemnatorische Appellationsurteil eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde glaubte in diesem Umstände eine Bechränkung der Vertheidigung zu finden, allein das Obertribunal wies dieselbe zurück, da der Richter bei mehreren Beugen die Wahl habe, wem von ihnen er eine überwiegende Glaubwürdigkeit beizumessen wolle.

— Personal-Veränderungen bei den Justizbehörden im Department des lgl. Appellationsgerichts zu Posen für den Monat Oktober: Bei dem Kreisgericht Birnbaum: Kreisrichter Rohling zum Kreisrichterstrah ernannt, Döllmischer v. Majowski in Posen als Bureau-Diätar angekommen. Bei dem Kreisger. Grätz: Bureau-Diätar Bock in Rogaten in gleicher Eigenschaft hierher versetzt. Bei dem Kreisger. zu Kempen: Kreisrichter Rabski zum Kreisgerichtsrath ernannt. Bei dem Kreisger. Kosten: Bureau-Diätar Fuchs in Schröda zum Bureau-Assistenten ernannt. Bei dem Kreisger. Rostochin: Bureau-Assistent Schubert mit Pension in den Ruhestand versetzt und Bureau-Diätar, Militär-Anwälter Hubert in Ostrom zum Bureau-Assistenten ernannt. Bei dem Kreisger. Lissa: Kreisrichter Dr. v. Rakowski zum Kreisgerichtsrath, die Gerichts-Assessoren Weitz und Grangl in Breslau als Hilfsrichter, und zwar erster hierher, letzterer an die Gerichts-Deputation in Graudenz kommittiert, Bureau-Diätar und Döllmischer Brinie in Schrimm in gleicher Eigenschaft hierher versetzt. Bei dem Kreisger. Posen: Gerichts-Assessor Steiger in Breslau an Stelle des zum Rechtsanwalt und Notar in Schönau ernannten Gerichts-Assessors Taude als Hilfsrichter hierher kommittiert, Bureau-Assistent Günther in Kosten in gleicher Eigenschaft hierher versetzt. Bei dem Kreisger. Rogasen: Gerichts-Assessor Koschmieder aus Kempen zum Kreisrichter ernannt, Bureau-Diätar Jahns in Grätz ist in gleicher Eigenschaft hierher versetzt. Bei dem Kreisger. Samter: Bureau-Diätar Schalhorn in Rogasen zum Bureau-Assistenten ernannt, Biblio-Supplumerar Heinrich ist gefordert. Bei dem Kreisger. Schrimm: Döllmischer Böhm in Posen als Bureau-Diätar angesehen. Bei dem Kreisger. Wollstein: Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Kunze die nachgeführte Entlassung aus dem Justizdienste erhoben, Gerichts-Assessor Teuber in Frankenstein als Hilfsrichter hierher kommittiert, Bureau-Diätar und Döllmischer Swallowski in Lissi und der Bureau-Diätar Blachshar in Kosten zu Bureau-Assistenten ernannt.

— Seitens der hiesigen Ober-Post-Direktion wird gegenwärtig der Post-Expeditionsgehilfe Robert Kreischer, welcher im Postamt zu Uetz bei Schneidemühl angestellt war und sich vor Kurzem von dort heimlich unter Mitnahme von etwa 4–500 Thlr. unterschlagenen Geldern entfernt hat, verfolgt. Derselbe hat sich zunächst nach Breslau zu seinen Verwandten begeben und war alsdann, als auf ihn gefaßt wurde, mit Hinterlassung seiner Uniform nach Oberschlesien geflüchtet.

— Zur polnischen Schultagfrage bringt der „Dz. pozn.“ einen längeren Artikel, überzeichnet: „Einige Gedanken über den Schultag“, dessen Ünterschrift etwas Folgendes ist: Da den Schultagen weder entscheidende noch auch nur beruhende Kraft innerwohnen, so ergiebt sich für sie nur ein einziges Erfolg versprechendes Mittel, um ihre Bestrebungen zur Gestaltung zu bringen. Dieses Mittel ist der Weg der Petition. Man muß so lange und so ausdauernd beim Landtag und bei der Regierung petitionieren, bis endlich diese sich nicht der Notwendigkeit entziehen können, die Petitionen ihrer Berücksichtigung zu unterziehen. Die Beforderungen, welche in diesen Petitionen ausgesprochen sind, präzisiert der „Dz. pozn.“ folgendermaßen: 1) für Gymnasien und Realschulen in den polnischen Theilen oder bei einer gemischten Bevölkerung der Provinz Posen soll bis zur Terria inkl. die polnische Unterrichtssprache eingeführt oder es sollen Parallelklassen errichtet werden; 2) ähnlich soll die Einrichtung in den Mittelschulen sein; 3) in politischen Dorfschulen soll das Polnische als Unterrichtssprache gänzlich eingeführt werden unter Befürchtung der Verordnung vom 16. April 1867, was aber nicht hindern soll, daß die Jugend auch im Lesen und Schreiben der deutschen Sprache unterrichtet werde. Von einer solchen Petition erwartet der „Dz. pozn.“, daß sie, von Zeit zu Zeit immer wieder eingebrochen, wenn keinen anderen, doch wenigstens den Erfolg haben werde, daß die völlige Unterdrückung der polnischen Sprache hinausgeschoben würde.

— Das Kloster der Karmeliterinnen auf der Bazarstraße ist vor einiger Zeit unter Dach und Fach gebracht worden. Das Gebäude ist im gotischen Style errichtet und ist dabei der Rohbau zur Anwendung gekommen. Was man dort zunächst sieht, ist noch nicht das Kloster selbst, sondern erst die Kirche mit der Wohnung für den Pförtner und den Zimmern für Fremde. Das Kloster soll erst im nächsten Jahre im Anschluß an die Kirche, dort wo sich gegenwärtig das Wohngebäude der Nonnen befindet, nach Abriss desselben errichtet werden.

Die Kirche ist eigentlich gebaut; sie besteht eigentlich aus zweien, im rechten Winkel aneinander stoßenden kleinen Kirchen. Die eine derselben, zu welcher der Eingang sich an der Straße befindet, ist für das Publikum, die andere, von der ersten durch ein Gitter getrennt, nur für die Nonnen bestimmt. Der Altar wird in der Weise angebracht, daß er zwar in beiden Kirchen gesehen werden kann, daß aber Nonnen und Publikum sich gegenseitig nicht erblicken können. Beide Kirchen haben kleine Fenster hoch über dem Fußboden und verbreiten nur wenig Licht; die Fenster der Nonnenkirche sind außerdem nach der Straße hin vergittert. Unter dieser Kirche werden Gewölbe angelegt, die, wie wir hörten, als Grabgewölbe benutzt werden sollen. Auch stoßen an die Kirche einige kleine Zellen mit stark vergitterten Fenstern; wie uns mitgetheilt wurde, sind dies die Fußzellen derjenigen Nonnen, welche zwar dem Gottesdienste von dort aus bewohnen können, aber zur Strafe nicht unter den übrigen Nonnen sitzen dürfen. Dieses Kloster dient nicht etwa für die Zwecke des Unterrichts oder der Krankenpflege, sondern nur dem beschaulichen Leben und dem Gebete, und diese gesammten Räumlichkeiten sind nur dazu da, um eine kleine Anzahl Frauen aufzunehmen (es sollen jetzt 13 sein), welche 7 Stunden des Tages beten und die Paar Stunden welche noch übrig bleiben, zur Anfertigung kirchlicher Gewänder benutzen. Und das im neuzeitlichen Jahrhundert — in der Hauptstadt einer Provinz des protestantischen Preußens! Wie doch die Zeit fortschreitet!

— In Kobylepole sind Mittwoch Nachmittags 4 Uhr die Lagerkeller der neuen Brauerei des Hrn. v. Mycielski eingestürzt. Parallel dem großen Brauereigebäude, welches bereits unter Dach und Fach gebracht ist, liegt nahe der Cybina ein Eiskeller und zwischen beiden Gebäuden erstrecken sich, senkrecht zu der Richtung derselben, 3 oder 4 Lagerkeller, welche 26 Fuß in der Höhe liegen, etwa 80 Fuß lang und zusammen ungefähr 80 Fuß breit sind. Dieselben wurden während der letzten zwei Monate bei regniger Witterung aufgeführt, und erhielten Sonnen gewölbe von 18 Zoll Stärke. Später sollte darüber noch ein leichtes Gebäude errichtet werden. Während der letzten Tage wurde die Baugruben mit Erde ausgefüllt und Erde auf die Gewölbe geschafft; wahrscheinlich haben die Seitenmauern des Kellers, welche bei der feuchten Witterung noch nicht den genügenden Grad der Festigkeit erlangt hatten, dem starken Druck des Erdreichs nicht widerstanden, zumal die Leerbögen auf denen die Gewölbe bisher geruht hatten, bereits weggenommen waren. Während des Einsturzes waren drei Arbeiter in dem einen der Keller; ein vierter hatte denselben eben verlassen. Eine Person wurde verschüttet und der eine sofort erschlagen, während es gelang, die beiden andern noch lebend hervorzuziehen; die Verletzungen derselben sollen nicht lebensgefährlich sein. Der Distriktskommissarius Hr. Straßburg, welcher gerade zur Zeit des Einsturzes in Kobylepole anwesend war, traf sofort die nötigen Anordnungen zur Rettung der Verunglückten.

— Eine neue Entführungsgeschichte, die sich im Kreise Samter vor einigen Tagen ereignet hat, (man vergleiche unsere gestrige Korrespondenz aus Wronke) macht hier und in der Provinz wieder viel von sich reden. Wir erfahren darüber aus zuverlässiger Quelle Folgendes:

Die Entführte ist die 22jährige Tochter eines verstorbenen Gutsbesitzers aus der Gegend von Pinne, Fräulein Marie v. Z., welche in Z. bei ihrem Bruder lebte. Sie hatte mit dem bei ihrem Bruder in Diensten stehenden Koch Th. M., einem 25jähr. jungen Menschen ein heimliches Liebesverhältnis angeknüpft und die Flucht mit denselben verabredet. Daß dieser Flucht ein fernes Ziel im Auslande gesteckt war, beweist der Umstand, daß die Flüchtlinge sich reichlich mit Geldmitteln versehen, die sie den Angehörigen der jungen Dame aus der Gegend von Pinne, Fräulein Marie v. Z., welche in Z. bei ihrem Bruder lebte. Sie hatte mit dem bei ihrem Bruder in Diensten stehenden Koch Th. M., einem 25jähr. jungen Menschen ein heimliches Liebesverhältnis angeknüpft und die Flucht mit denselben verabredet. Daß dieser Flucht ein fernes Ziel im Auslande gesteckt war, beweist der Umstand, daß die Flüchtlinge sich reichlich mit Geldmitteln versehen, die sie den Angehörigen der jungen Dame aus der Gegend von Pinne, Fräulein Marie v. Z., welche in Z. bei ihrem Bruder lebte. Sie hatte mit dem bei ihrem Bruder in Diensten stehenden Koch Th. M., einem 25jähr. jungen Menschen ein heimliches Liebesverhältnis angeknüpft und die Flucht mit denselben verabredet. Daß dieser Flucht ein fernes Ziel im Auslande gesteckt war, beweist der Umstand, daß die Flüchtlinge sich reichlich mit Geldmitteln versehen, die sie den Angehörigen der jungen Dame aus der Gegend von Pinne, Fräulein Marie v. Z., welche in Z. bei ihrem Bruder lebte. Sie hatte mit dem bei ihrem Bruder in Diensten stehenden Koch Th. M., einem 25jähr. jungen Menschen ein heimliches Liebesverhältnis angeknüpft und die Flucht mit denselben verabredet. Daß dieser Flucht ein fernes Ziel im Auslande gesteckt war, beweist der Umstand, daß die Flüchtlinge sich reichlich mit Geldmitteln versehen, die sie den Angehörigen der jungen Dame aus der Gegend von Pinne, Fräulein Marie v. Z., welche in Z. bei ihrem Bruder lebte. Sie hatte mit dem bei ihrem Bruder in Diensten stehenden Koch Th. M., einem 25jähr. jungen Menschen ein heimliches Liebesverhältnis angeknüpft und die Flucht mit denselben verabredet. Daß dieser Flucht ein fernes Ziel im Auslande gesteckt war, beweist der Umstand, daß die Flüchtlinge sich reichlich mit Geldmitteln versehen, die sie den Angehörigen der jungen Dame aus der Gegend von Pinne, Fräulein Marie v. Z., welche in Z. bei ihrem Bruder lebte. Sie hatte mit dem bei ihrem Bruder in Diensten stehenden Koch Th. M., einem 25jähr. jungen Menschen ein heimliches Liebesverhältnis angeknüpft und die Flucht mit

sther des Korporationsvorstandes durch den länger im Amt befindlichen Beisitzer vertreten wird. Die Modifikationen zu dem von der lgl. Regierung vorgelegten Normalstatut betreffen nur: 1) Zu § 4, daß auch die auswärts wohnenden Korporationsmitglieder zu den direkten Abgaben denselben Beitrag zu zahlen haben, welchen die am Hauptort angefessenen Gemeindemitglieder leisten. 2) Zu § 10. Von den auf die Dauer von 6 Jahren gewährten 9 Repräsentanten und Stellvertretern scheidet die Hälfte von 3 zu 3 Jahren aus. 3) Die Wahl des Korporationsvorstandes resp. des Vorstandes, der Beisitzer und der Stellvertreter erfolgt durch die Repräsentanten nach erfolgter Verpflichtung und Einführung der letztern. — Der gestern hier stattgehabte Viehmarkt war stark frequentirt, namentlich hatten sich auch viel Verkäufer eingefunden. Die besten Geschäfte machten die Schnittwaren, Garderoben- und Pelzwarenhändler. Auch auf dem Viehmarkt war der Verkehr ziemlich lebhaft. Der Getreidemarkt war nicht sehr besabren, wahrscheinlich in Folge der schlechten Wege. Das heute hier stattgehabte Dilettanten-Theater war von einem sehr zahlreichen und gewählten Publikum besucht. Die Dilettanten ernteten allgemeinen Beifall. Ein glücklicher Anfang wäre gemacht, wünschen wir bald die Fortsetzung.

**Kreis Pleschen.**, 17. Nov. Kaum war ein Hund in Bieganin däland toll geworden und entlaufen, so stellten sich bei einer Kug des D. die Zeichen der Tollwut ein, so daß man sie tödten mußte. Die Quackalberei gelangt in Folge dessen zur Blüthe. In S. wurde ein Kreuz, welches am Wege stand, vom Winde umgeworfen. Das Holz davon soll nun ein Radikalmittel gegen die Tollwut sein; ein Anderer empfiehlt als das non plus ultra die gepulvrierte Lunge eines tollen Hundes. Es sei daher gesetzt, hier den Rat eines Sachverständigen anzugeben. Dr. G. Müller empfiehlt, wenn ein Mensch von einem tollen Hund gebissen worden ist: „man befördere die etwas vorhandene Blutung durch Waschen mit warmem Wasser, wasche die Wunde dann mit einer Auflösung von grüner Seife oder Lauge. Wendet man irgend ein noch so sehr geprästes Volksmittel an, so verfaume man doch nie, sofort einen Arzt zu rufen!“ — Beim Eintritt des Winters wandern gewöhnlich die Grenzbewohner nach Kaschisch, um dort Pelze zu kaufen. So mache sich in vorger. Woche ein Wirth aus S. auf, um sich eine warme Winterkleidung zu besorgen, kam aber leider zu ungeliebter Zeit, indem der Jahrmarkt erst Tage später stattfinden sollte. Nun hatte er aber die Unvorsichtigkeit begangen, preuß. Klingende Münze in russ. Rubelschein umzutauschen, und war gezwungen, die umgetauschte Manipulation vorzunehmen, was aber zum Nachteil seines Geldbeutels ausfiel.

**E. S. Rogasen.**, 16. Nov. Gestern sollte hier die Wahl eines zweiten Beiherrn für die jüdische Elementarschule stattfinden, doch wurde dies deshalb vom Schulvorstande auf später hinausgeschoben, weil sich bis jetzt zu wenig Kandidaten zu der Stelle gemeldet hatten. Den Hrn. Lehrer Schrey wurde provisorisch die Leitung der Klasse übergeben. — Der heute hier abgehaltene Kram- und Viehmarkt erfreute sich einer ungemein großen Besetzung; namentlich der Erste. Auf den Viehmarkt hat die auf mehreren Gütern der Umgegend herrschende Klaun- und Mausleiche einen wesentlichen Einfluß ausgeübt. Geflohen und verloren wurde auch diesmal manches; u. A. vermißte die Frau eines hiesigen Bürgers 30 Thaler, welche sie für eine verkauftete Kuh eingesogen. Der Chemann schien sich philologisch getrostet zu haben, denn er besuchte Abends das Theater und aufführte hier: „Ist die Kuh fort, mag auch das Kalb flöten gehen“. — Post- und Telegrafenamt unserer Stadt erfreute sich in der letzten Zeit einer bedeutenden Frequenz, als in früheren Monaten: der Brief- und Paquetverkehr. — Am Montag (den 15. d. W.) hielt Hr. Delschläger im Handwerkervereine einen Vortrag über die naturwissenschaftlichen Entdeckungen d. J. 1868. Der Vortragende begann mit der Astronomie und gab an, daß in diesem Jahre 12 Asteroiden entdeckt worden seien, so daß Ende 1868 die Anzahl sämmtlicher Planeten 107 betrug. Von Kometen wurden der Enteiche, welcher eine periodische Umlaufzeit von  $\frac{3}{2}$  Jahr hat, sowie die Broirsche, dessen Umlaufzeit  $\frac{5}{2}$  Jahr beträgt, i. J. 1868 wieder sichtbar. Das Phänomen der Sternschnuppen des Novemberherbsts (von 13. zum 14. Nov.) war diesesmal in Europa sichtbar; Secchi in Rom zählte in 3 Stunden 2000 Sternschnuppen. Durch gleichzeitige Beobachtungen in Leipzig und Berlin war i. J. 1867 festgestellt worden, daß die Sternschnuppen durchschnittlich in 12 Meilen Höhe über der Erde zu leuchten beginnen und zu leuchten aufhören, nachdem sie 5 Meilen etwa in einer Sekunde durchflogen haben. Der Vortragende erläuterte nun weiter die Schiaparellischen Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Kometen und Sternschnuppen (1866 aufgestellt), besprach das Phänomen der prächtigen Feuerfuge, welche am 30. Januar 1868 in Schlesien, Posen, Preußen und Polen gesehen wurde und von welcher die bedeutende Meteoriteinfall bei Pultusk berührte und ging dann zu der totalen Sonnenfinsternis vom 18. August 1868 über. Als Hauptursache der zahlreichen Beobachtungen, welche in Allen, Borden- und Hinterlanden angezeigt wurden, bezeichnete derselbe die Erkenntnis, daß die Protuberanzen zum Sonnenkörper gehören und aus glühendem Wasserstoffgas bestehen; festgestellt wurde dies Resultat mittelst der Spektroanalyse; die Sonne ist durch umgeben mit einer 1000 Meilen dicken Hülle von glühendem Wasserstoffgas, aus welcher farblose Protruberanzen von oft 20,000 Meilen Höhe emporziehen. Der Vortragende zeigte eine Photographie von der Sonnenfinsternis, sowie ein Stereokopibild vom Monde vor. — Alsdann ging derselbe zu den Fortschritten in der Chemie und Physik über, erwähnte der Entwicklung Grahams, daß der leichteste Stoff, Wasserstoffgas, sich mit einem der schwersten Metalle, Palladium, zu einer Legierung verbinde und erläuterte alsdann die wichtigen Versuche Regnaults in Paris über die Fortpflanzung des Schalls in geschlossenen Röhren, wobei Wasserleitungsröhren von 1- $\frac{3}{2}$  Fuß Durchmesser und bis zu 16,000 Fuß Länge benutzt wurden. Es wurde ferner die neuesten Erfindungen in der Photographie, der Swansche Kohlenprozeß und die Albertrypie erläutert, welche vollkommen haltbare Abdrücke liefern, während die gewöhnlichen Photographien allmälig verblassen. Die Polnische Zustrom-Elektrizitätsmaschine, welche sehr intensive elektrische Erscheinungen und Funken von 8 Zoll Länge gibt, wurde erläutert und alsdann die praktische Verwendung des galvanischen Stroms zur Erzeugung von kupfernen und eisernen galvanoplastischen Abdrücken, zur Herstellung des elektrischen Lichtes, sowie in der Telegraphie erörtert. Vorgezeigt wurde ein Globus, auf welchem die Telegraphenlinie von Krakau am Baltikasee über Europa bis San Franziško, sowie die projektierte Linie durch die Behringstraße angegeben war. Außerdem wurde der Vertrag erläutert durch Proben des Swanschen Kohlenprozesses, der Albertrypie und der Photolithographie. In einem späteren Vortrage wird Hr. Delschläger die industriellen Erfindungen des Jahres 1868 erörtern.

**Schmiegel.** Der königl. Steuereinnehmer, Hr. Beck hier, feierte am 15. d. W. sein 50jähriges Dienstjubiläum. Derselbe hat sich durch sein biederes, gefälliges Wesen und durch treueste Pflichterfüllung allgemeine Achtung und Liebe erworben, und erhielt an diesem Tage vielseitige Beweise davon. Der König hatte die langjährigen treuen Dienste des Jubilar durch Verleihung des rothen Adlerordens IV. Klasse belohnt; derselbe wurde ihm nebst einem sehr anerkennenden, ehrenden Gratulationsschreiben des Hrn. Provinzial-Steuerdirektors Schob durch den Hrn. Oberkontrolleur v. Kuczkowski aus Bissau überreicht, welcher in Vertretung des extraktiven Hrn. Steuerrathes Hinsz hierher gekommen war. Von Seiten der städtischen Behörden wurden dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche dargebracht, ebenso von seinen hiesigen und auswärtigen Freunden. Nachmittags war zu Ehren des Jubelten im Rathause zum „Könige von Preußen“ ein Festmahl veranstaltet, an welchem sich die Herren Beamten des Steueramtes Bissau, sowie die Freunde aus Stadt und Umgegend lebhaft beteiligten und welches in ungestopftem Frohsinn verlief. Der Jubilar ist trotz seines hohen Alters und seines früher sehr anstrengenden Dienstes rüstig und erfreut sich der besten Gesundheit.

**Znowgorlaw.**, 16. Nov. Dem hiesigen Staatshaushalt-Estat pro 1869 und 1870 entnehmen wir folgendes: Der X. Estat der Kammerkasse 1869, pro 1870: 15,520 Thlr., pro 1870: 15,522 Thlr. Die Kommunalabgaben betrugen 1869: 8453 Thlr., 1870: 10,429 Thlr. Unter den Ausgaben figurirten folgende Posten: Zu Abgaben und Kam-

mereinbeiträgen 1869: 2178 Thlr., 1870: 4178 Thlr., für geistliche, Schul- und Medizinalanstalten 1869: 2550 Thlr., 1870: 2450 Thlr., zu Wohlthätigkeits- und Armenanstalten in beiden Jahren 1416 Thlr., für die Polizeiverwaltung 1869: 620 Thlr., 1870: 690 Thlr., zu Bauten und Begeverbesserungen 782 Thlr. u. s. v. Der Estat der Stadt-Armenkasse beträgt in beiden Jahren 1530 Thlr., der Schulestat 4342 Thlr., die Beiträge der Gemeinde beließen sich 1869 auf 3809 Thlr., 1870 auf 3709 Thlr., an Besoldungen für Lehrer wurden 1869: 3088 Thlr., 1870: 3088 Thlr. gezahlt. Der Estat für Lehrer in einigen Titeln einige Veränderungen erfahren, da laut einer am 11. d. hier eingegangenen Ordre die Stadt das hiesige Gymnasium an den Staat übergeben soll, und sich dann die von der Stadt für das Gymnasium aufzubringende Unterhaltssumme verringern dürfe. In Folge der Übergabe des Gymnasiums an die Stadt werden fast alle Gehälter der Gymnasiallehrer erhöht. Die Erhöhungen der Gehälter treten schon von Neujahr 1869 ein, und fast alle Gymnasiallehrer bekommen jetzt die Gehaltszulage nachgezahlt. Wie man hört, liegt eine Petition der Elementarlehrer um eine Erhöhung des Lehrergehalts dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung vor.

**Schneidemühl.**, 16. Nov. Seit gestern ist die Witterung wieder mild; in den Nächten vom Sonntag zum Montag regnet es sehr stark; der Schnee, welcher die Straßen und Felder bis  $\frac{1}{2}$  Fuß hoch bedeckt, ist wieder vollständig aufgelöst. Die Küdow ist in Folge des großen Wasserflusses über ihre Ufer getreten, und die niederen Weisen bilden unabsehbare Wasserlächen. Heute Mittag zeigte das Thermometer 6 Grad und heut's Abend 4 Grad Wärme. Die Wege außer den Chausseen sind schwer zu passiren. — Der am 15. d. W. hier abgehaltene Holzauktionstermin ist nicht zu Gunsten der Stadt ausgefallen. Das zum Verkauf gestellte Holzquantum hat einen Tagewert von nahe an 90,000 Thlr., nicht 80,000 Thlr., wie ich früher mitgetheilt. Das höchste Gebot mit 55,000 Thlr. hat Hr. Kaufmann Dasse zu Posen abgegeben. Der Aufschlag wird, da die Differenz über 80,000 Thlr. beträgt, natürlich nicht erfolgen, sondern es wird, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ein zweiter Termin ausgeschrieben werden. — Nach § 28 Tit. VI. der Forstdordnung für Westpreußen und den Regierungsbezirk soll alles Wildpreß, welches in einer Stadt oder in ein Dorf zum Verkauf gebracht wird, und nicht mit dem nach § 39 Tit. I. vorgeschriebenen Attest begleitet ist, angehalten, konfisziert und zum Vortheil des Jagdberechtigten, wenn solcher bekannt ist, sonst aber zum Vorteil des Fiskus verkauft werden; ferner sollen die Bewohner der Städte und des platten Landes, welche Wildpreß, das mit dem erforderlichen Attest nicht begleitet ist, kaufen, mit 10 Thlr. Geldbuße bestraft werden. Das vorgeschriebene Begleitattest muß vom Jagdberechtigten ausgestellt sein und den Namen, Stand und Wohnort dessen enthalten, welcher das Wild einbringt. Der Landrat unseres Kreises bringt diese Bestimmungen den Bewohnern des Kreises in Erinnerung und weist zugleich die Polizeibehörden und Gendarmen an, der leider häufig vorkommenden Wilddiebstähle wegen, nach den gedachten Vorschriften auf das Strengste zu verfahren.

### Vereine und Vorträge.

Am Montag (den 15. d. W.) hielt Hr. Delschläger im Handwerkervereine einen Vortrag über die naturwissenschaftlichen Entdeckungen d. J. 1868. Der Vortragende begann mit der Astronomie und gab an, daß in diesem Jahre 12 Asteroiden entdeckt worden seien, so daß Ende 1868 die Anzahl sämmtlicher Planeten 107 betrug. Von Kometen wurden der Enteiche, welcher eine periodische Umlaufzeit von  $\frac{3}{2}$  Jahr hat, sowie die Broirsche, dessen Umlaufzeit  $\frac{5}{2}$  Jahr beträgt, i. J. 1868 wieder sichtbar. Das Phänomen der Sternschnuppen des Novemberherbsts (von 13. zum 14. Nov.) war diesesmal in Europa sichtbar; Secchi in Rom zählte in 3 Stunden 2000 Sternschnuppen. Durch gleichzeitige Beobachtungen in Leipzig und Berlin war i. J. 1867 festgestellt worden, daß die Sternschnuppen durchschnittlich in 12 Meilen Höhe über der Erde zu leuchten beginnen und zu leuchten aufhören, nachdem sie 5 Meilen etwa in einer Sekunde durchflogen haben. Der Vortragende erläuterte nun weiter die Schiaparellischen Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Kometen und Sternschnuppen (1866 aufgestellt), besprach das Phänomen der prächtigen Feuerfuge, welche am 30. Januar 1868 in Schlesien, Posen, Preußen und Polen gesehen wurde und von welcher die bedeutende Meteoriteinfall bei Pultusk berührte und ging dann zu der totalen Sonnenfinsternis vom 18. August 1868 über. Als Hauptursache der zahlreichen Beobachtungen, welche in Allen, Borden- und Hinterlanden angezeigt wurden, bezeichnete derselbe die Erkenntnis, daß die Protuberanzen zum Sonnenkörper gehören und aus glühendem Wasserstoffgas bestehen; festgestellt wurde dies Resultat mittelst der Spektroanalyse; die Sonne ist durch umgeben mit einer 1000 Meilen dicken Hülle von glühendem Wasserstoffgas, aus welcher farblose Protruberanzen von oft 20,000 Meilen Höhe emporziehen. Der Vortragende zeigte eine Photographie von der Sonnenfinsternis, sowie ein Stereokopibild vom Monde vor. — Alsdann ging derselbe zu den Fortschritten in der Chemie und Physik über, erwähnte der Entwicklung Grahams, daß der leichteste Stoff, Wasserstoffgas, sich mit einem der schwersten Metalle, Palladium, zu einer Legierung verbinde und erläuterte alsdann die praktische Verwendung des galvanischen Stroms zur Erzeugung von kupfernen und eisernen galvanoplastischen Abdrücken, zur Herstellung des elektrischen Lichtes, sowie in der Telegraphie erörtert. Vorgezeigt wurde ein Globus, auf welchem die Telegraphenlinie von Krakau am Baltikasee über Europa bis San Franziško, sowie die projektierte Linie durch die Behringstraße angegeben war. Außerdem wurde der Vertrag erläutert durch Proben des Swanschen Kohlenprozesses, der Albertrypie und der Photolithographie. In einem späteren Vortrage wird Hr. Delschläger die industriellen Erfindungen des Jahres 1868 erörtern.

Der internationale Handels-Kongress in Kairo ist am 13. Nov. geschlossen worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Basner in Posen.

Mit Bezug auf das, in Nr. 268 dieser Zeitung enthaltene Referat, betreffend die am 12. d. Wts. stattgehabte Versammlung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins und die in demselben von mehreren Mitgliedern gegen mich und meine Amtsverwaltung vorgebrachten Anklagen, erkläre ich unter Vorbehalt meiner weiteren Schritte hiermit vorläufig, daß ich meiner — in dieser Angelegenheit ausschließlich kompetenten — vorgesetzten Behörde gegenüber die Grundlosigkeit aller dieser Beschuldigungen und Beschwerden darlegen und auch auf dem nächsten, bereits anberaumten Kreistage nachweisen werde.

Posen, den 18. November 1869.

**Wocke,**  
Königlicher Landrat des Posener Kreises.

### (Eingesandt.)

Allen Leidenden Gesundheit durch die vorzügliche Revalesciere du Barry, welche ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten die folgenden Krankheiten besiegt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindfucht, Asthma, Husten, Verdauulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflostigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Nebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medicin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Brehan. Copie dieser Certifikate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahthafer als Fleisch, erwart die Revalesciere 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalesciere Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. verlaufen. — Revalesciere Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr.

Zu bezahlen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Roßmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg i. P., A. Kraak, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Drogisten, Delikatessen- und Spezereihändlern.

**Angekommene Fremde vom 19. November.**

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN.** Die Rittergutsbesitzer Gräfin Miacielska mit Familie und Dienerschaft, v. Potowrowski und Frau aus Gola, v. Błodziszewski aus Chlonie, Sekier aus Tarnowo, Baarth aus Cerefewice, Landau und Eisenbahnbaumeister Koehel aus Gnesen, Commissionsrat und Rittergutsbesitzer Cohn und Fabrikant Lobiad aus Berlin, die Kaufleute Meyer und Freund aus Berlin, Voigt aus Schneeberg, Kazanellenbogen aus Krötonow, Schmeling aus Plauen, Mosius aus Cöln, Landesältester Ottowi aus Breslau.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Rittergutsbesitzer v. Chlapowski aus Szoldry, Barti und Frau aus Pawlowice, Prinz und Tochter aus Ritsche, die Kaufleute Jung aus Bromberg, Friedländer, Rosenthal und Keyser aus Berlin, Bölsch aus Hamburg, Doppler aus Oppeln, Probsting aus Lüdenscheid, Erdons aus San-Franzisko, Müller aus Hamburg, Hoffmann aus Breslau.

**SCHWARZER ADLER.** Hotelbesitzer v. Jaworski aus Czerniewo, Frau v. Michalska aus Szczepniki, Wagenbauer Geige aus Reichenbach, die Gutsbesitzer Frau v. Swinarska aus Budzilow, Arnold aus Gorzywo.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Zimmermann und Huchs aus Berlin, Löwe aus Rogasen, Lange aus Stettin, Weber aus Leipzig, Lieutenant Elsner aus Doborn, Gutsbesitzer Mann aus Tomaszewo.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer v. Szwantowski aus Kotarzynow, Szumann aus Wladislawow, Rojanek aus Grabowce, v. Raczyński aus Polen, v. Raczyński aus Polkowic, v. Raczyński aus Bzowice, die Kaufleute Stolmann aus Schwerin, Aisch aus Berlin.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Kaufleute Leder aus Brotterode, Vogler aus Berlin, Delconomiolemissar Heynich und Tochter aus Berlin, Inspizitor Kietrys und Frau aus Sitzow, Wirtschaftsleiter Scinsti aus Miflau, Landwirt Lukas aus Chyby.

**BERNSTEIN'S HOTEL.** Die Kaufleute Ollendorff aus Rawicz, Kottel aus Konin, Fröhlich aus Sagan, Gebr. Jentis aus Böhlitz, Inspizior Miklaszek aus Wreschen.

**SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG.** Landwirt Plötz und Frau Welt aus Słupia, Partikulier Chocymski aus Goslawice.

**DREI LILLEN.** Musius Schulz aus Potsdam, Gutsbesitzer Lehmann aus Badomki, Kaufmann Israel aus Pinne.

sen 15 Thlr. seit dem 14. März 1844 bis 29. November 1845 und von 9 Thlr. seit dem 29. November 1845.  
b) der Rubr. III. Nr. 5 für den Rechtsanwalt Leonhard früher zu Birnbaum, dann in Gründer eingetragenen 2 Thlr. 19 Sgr. 2 Pf.  
c) der Rubr. III. Nr. 8 für denselben eingetragenen 1 Thlr. 19 Sgr. und 6 Pf.  
d) der Rubr. III. Nr. 16 für die Witwe Anna Sophie Bachert geb. Koch zu Sandkrug eingetragenen Kosten von 2 Thlr. 26 Sgr.

in Gemäßheit des § 111 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850 bekannt gemacht und es werden die vorgenannten Personen und deren Rechtsnachfolger hiermit aufgefordert, sich mit ihren etwaigen Unprüchen nach § 460 ff. Tit. 20 Theil I. des Allgemeinen Landrechts spätestens bis zu dem oben anberaumten Termine bei der unterzeichneten Behörde zu melden, widrigfalls ihr Hypothekengericht auf die festgestellten Ablösungskapitalien erlischt.

Posen, den 16. November 1869.  
Königliche General-Kommission für die Provinz Posen.

### Polizei-Verordnung.

Auf Grund des §

# Prämien-Anlehen der Stadt Venedig.

Im Auftrage der Bankhäuser A. Reinach in Frankfurt a. M. und Berliner Bank-Institut Joseph Goldschmidt & Co. in Berlin findet die Subscription zu diesem Anlehen in meinem Comtoir am 17., 18., 19. und 20. November 1869 statt; ebendaselbst können auch Prospekte entgegengenommen werden.

Posen, den 16. November 1869.

## Siegmund Sachs.

Comtoir: Markt Nr. 87.

### Bekanntmachung.

1) Der Probst Leo v. Jakrewski ist am 10. September 1866 in Groß-Sietiertsi gestorben. Der Nachlaß besteht in 440 Thlr. baar und ca. 600 Thlr. ausstehender Forderungen.

Als Erben haben sich gemeldet:

Aegidius v. Jakrewski zu Mlitzkozki,

Xaver v. Jakrewski zu Mokrzko,

Stanislaus v. Morawski zu Swier-

czne,

Theodoria v. Pniewska geb. v.

Morawska.

Sie haben ihre Legitimation aber nicht geführt.

2) Der Wirtschafts-Inspektor Johann Neumann v. Nakowski ist am 23. September 1860 in Jaszkowo gestorben.

Als Erben haben sich gemeldet, oder sind ermittelt:

Pantoleon Ignaz v. Nakowski zu

Krasikowa,

die Geschwister v. Gedrowski

Valerius zu Olchowice, Stanislaus in Warschau, Wladislans

zu St. Louis in Amerika,

die Geschwister Alexander Casimir,

Joseph Galansky Casimir,

Adam Stephan, Franz Xaver,

Anton, Roman, Ludwig, Va-

lerins v. Nakowski,

Stanislaus v. Sosnowski.

Sie haben sich aber nicht legitimirt.

Der Nachlaß besteht in etwa 700 Thlr.

baar und 3537 Thlr. ausstehender Forde-

rungen, doch hat die Erbregulierung nach der am 5. Juli 1845 verhörförten

frau des Erblassers Catharina geb.

Fryja, mit der in Gütergemeinschaft gelebt, nicht stattgefunden.

3) Der Knecht Michael Szymanski ist am 13. September 1866 zu Jakiew-

niki verstorben.

Erben haben sich nicht gemeldet. Der Nach-

laß beträgt 3 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf.

4) Die Witwe Sophia Samczewska ist am 24. Mai 1866 in Santomysl ge-

storben. Der Nachlaß beträgt 1 Thlr.

13 Sgr. 10 Pf.

Erben haben sich nicht gemeldet.

Es soll eine Schwester Tochter Josephina

Bielska hinterblieben sein.

5) Die Valeria Wysockinska ist am 12. Dezember 1868 in Włocznik gestorben. Ihr Nachlaß beträgt 31 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.

Als mutmaßliche Erben sind ermittelt:

Der Schmiedemeister Franz Sokolow-

ski zu Trzemeszno,

die unverheirathete Leopoldine Sokol-

owska zu Margrabstwo,

Hypolit Polkowski

haben sich aber nicht legitimirt.

Es werden die genannten Personen und die unbekannten Erben der genannten Erblasser aufgefordert, sich im Termine

den 14. September 1870,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Gerichts-Assessor Spren-

mann zu melden und ihr Erbrecht nachzu-

wählen, würdigenfalls sie mit ihren Ansprüchen präkludirt und die Nachlaßmassen dem Fiskus zugesprochen werden.

Schrada, den 22. Oktober 1869.

Königlich Preußisches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Der über das Vermögen des Buchbinders

meisters Fr. Nicolaus zu Posen eröffnete

Konturs ist durch Vertheilung der Masse be-

endigt und der Gemeinschuldner für entschul-

digbar erklärt.

Posen, den 8. November 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

### Bekanntmachung.

Wer irgend welche Ansprüche an den Nachlaß des verstorbenen Probstes S. Stroinski zu Venice hat, oder wer an die Nachlaßmassen Etwas abzu führen hat, möge sich in frankritten Briefen an den Unterzeichneten wenden.

Kosten, 16. November 1869.

Marcowski,

Testament-Exekutor.

Die hiesige Passagierstube ist vom 1. Januar 1870 anverwaltet zu vergeben. Eine anständige kinderlose Witwe würde vorzugsweise bevorzugt werden.

Die Posthalterei

Ch. Zuther,

Gnesen.

Dienstag den 23. d. Mts.,  
11 Uhr Vormittags, sollen in den  
Kornicker Forsten (Revier Czmoń I.)  
130 Stück Kiesern-Bauholz  
im Wege des Meistgebots verkauft  
werden.

Die Forstverwaltung.

### Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Wollstein.  
Erste Abtheilung.

Die dem Johann Karl Traugott Pölchen und seiner Ehefrau Ernestine geborene Müller gehörigen sub Pro. 68 und 53 zu Neu-Kramzic belegenen Grundstücke, von

denen den Hörderungen.

Als Erben haben sich gemeldet:

Aegidius v. Jakrewski zu Mlitzko-

Zkow,

Xaver v. Jakrewski zu Mokrzko,

Stanislaus v. Morawski zu Swier-

czne,

Theodoria v. Pniewska geb. v.

Morawska.

Sie haben ihre Legitimation aber nicht ge-

führt.

2) Der Wirtschafts-Inspektor Johann Neumann v. Nakowski ist am 23. September 1860 in Jaszkowo gestorben.

Als Erben haben sich gemeldet, oder sind ermittelt:

Pantoleon Ignaz v. Nakowski zu

Krasikowa,

die Geschwister v. Gedrowski

Valerius zu Olchowice, Stanislaus

zu St. Louis in Amerika,

die Geschwister Alexander Casimir,

Joseph Galansky Casimir,

Adam Stephan, Franz Xaver,

Anton, Roman, Ludwig, Va-

lerins v. Nakowski,

Stanislaus v. Sosnowski.

Sie haben sich aber nicht legitimirt.

Der Nachlaß besteht in etwa 700 Thlr.

baar und 3537 Thlr. ausstehender Forde-

rungen, doch hat die Erbregulierung nach der am 5. Juli 1845 verhörförten

frau des Erblassers Catharina geb.

Fryja, mit der in Gütergemeinschaft gelebt, nicht stattgefunden.

3) Der Knecht Michael Szymanski ist am 13. September 1866 zu Jakiew-

niki verstorben.

Erben haben sich nicht gemeldet. Der Nach-

laß beträgt 3 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf.

4) Die Witwe Sophia Samczewska ist am 24. Mai 1866 in Santomysl ge-

storben. Der Nachlaß beträgt 1 Thlr.

13 Sgr. 10 Pf.

Erben haben sich nicht gemeldet.

Es soll eine Schwester Tochter Josephina

Bielska hinterblieben sein.

5) Die Valeria Wysockinska ist am 12. Dezember 1868 in Włocznik gestorben. Ihr Nachlaß beträgt 31 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.

Als mutmaßliche Erben sind ermittelt:

Der Schmiedemeister Franz Sokolow-

ski zu Trzemeszno,

die unverheirathete Leopoldine Sokol-

owska zu Margrabstwo,

Hypolit Polkowski

haben sich aber nicht legitimirt.

Es werden die genannten Personen und die unbekannten Erben der genannten Erblasser aufgefordert, sich im Termine

den 14. September 1870,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Gerichts-Assessor Spren-

mann zu melden und ihr Erbrecht nachzu-

wählen, würdigenfalls sie mit ihren Ansprüchen präkludirt und die Nachlaßmassen dem Fiskus zugesprochen werden.

Schrada, den 22. Oktober 1869.

Königlich Preußisches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

### Freiwilliger Verkauf.

Ein, in einer von mehreren Posten täg-  
lich frequentirten u. von mehreren Chausseen

durchkreuzten Stadt des Posenschen Re-  
gierungsbezirks belegenes massives Wohn-  
haus, welches außer den dazu gehörigen

Stallungen und Remise aus 8 Piecen, 2

Kellern, Boden und resp. Schuttböden be-  
steht und in welchem seit mehr als 40

Jahren ein offenes Geschäft und auch eine

Wein- und Materialwaarenhandlung mit

gutem Absatze betrieben wird, soll mit

sämtlichen zum Geschäfte vorhandenen

Waaren-Vorräthen und Geschäfts-Utensilien

verkauft werden.

Das Nähere ist bei dem General-Bevoll-

mächtigen dieses Geschäfts zu erfahren,  
den die Expedition dieser Zeitung auf An-

frage namhaft machen wird.

Schrada, den 22. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

### Bekanntmachung.

Wer irgend welche Ansprüche an den Nachlaß des verstorbenen Probstes S. Stroinski zu Venice hat, oder wer an die Nachlaßmassen Etwas abzu führen hat, möge sich in frankritten Briefen an den Unterzeichneten wenden.

Kosten, 16. November 1869.

Marcowski,

Testament-Exekutor.

Die hiesige Passagierstube ist vom 1.

Jan



oderbr. 37—39 Rl., märz. 37—38 Rl. — Hafer flau, p. 1300 Pfd. lolo 25—26½ Rl., 47½ Pfd. pr. Frühjahr 26½ Rl. bz. u. Br. Mai-Juni 26½ Rl. — Erbsen unverändert, p. 2250 Pfd. lolo Ritter. 50—51 Rl. Koch. 52 Rl. — Rübbel feier, lolo 12½ Rl. Br. pr. Nov. 12 bz. u. Br. Nov. 12 Rl. — Rübbel feier, lolo 12½ Rl. Br. Sept.-Okt. 11½ Rl. — Spiritus behauptet, lolo ohne Fässer 14 Rl. bz. mit Fässer 14½ Rl. pr. Nov. 14 bz. u. Br. Nov.-Dez. 13½ Rl. Jan.-Febr. 14 Rl. Frühjahr 14½ Rl. u. Br. Mai-Juni 14½ Rl. Juni-Juli 15½ Rl. — Angemeldet: 50 Rl. Roggen 200 Ctr. Rübbel. — Regulierungspreise: Weizen 60 Rl. Roggen 45½ Rl. Rübbel 12 Rl. Spiritus 14 Rl. — Petroleum lolo 8½ Rl. bz. u. Br. 8½ Rl. Br. pr. Nov.-Dez. 8½ Rl. Br. Dez.-Jan. 8½ Rl. Br. Jan.-Febr. 8½ Rl. Br. — Leinsamen, Bernauer 11½ Rl. bz. und für del. Marke 11½ gef. (Okt. 8.)

Breslau, 18. Novbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rotte gefragt, ordinär 10—11½, mittel 12—13, fein 13½—14½, hochfein 15 bis 15½. Kleesaat weiße fest, ordinär 13—15, mittel 17½—20, fein 22 bis 23, hochfein 24½—26. — Roggen (p. 2000 Pfd.) höher, pr. Novbr. 43 bz. u. Br., Nov.-Dez. 42½ bz. — Weizen pr. Nov. 62 Br. — Gerste pr. Nov. 46½ Br. — Hafer pr. Nov. 43 Br. u. Br. — Raps pr. Nov. 113 Br. — Lupinen beachtet, p. 90 Pfd. 48—50 Sgr. — Rübbel etwas höher, lolo 12½ Br. pr. Nov.-Dez. 12½ bz. u. Br. April-Mai 12½ bz. schlägt 13½ Br. — Rapskuchen begeht, pr. Ctr. 72—73 Sgr. — Bernauwiden fest, pr. Ctr. 88—90 Sgr. — Spiritus matter, lolo 14 Br. 13½ Br., pr. Nov. u. Nov.-Dez. 14 bz. u. Br. Dez.-Jan. 13½ Br. April-Mai 14½ bz. Juli-August 15 bz. — Sink ohne Umsatz.

#### Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 18. November.  
Preise der Cerealien. (Bestätigungen der polizeilichen Kommission.)

	feine	mittlere	ord. Ware,
Weizen, welcher	78—81	75	66—69 Sgr.
do. gelber	73—75	71	62—67
Roggen	55—56	53	49—52
Gerste	48—50	45	41—44
Hafer	32—33	30	26—28
Erbsen	66—67	61	55—59

Notirungen der Kommission der Handelskammer zur Bestellung der Marktpreise für Raps und Rüben.

Raps	246	236	226 Sgr.
Winterrübchen	234	224	216
Sommerrübchen	230	220	210
Dotter	184	174	164

(Bresl. Höld. Bl.)

Bromberg, 18. November. Wind: SW. Witterung: trübe. Morgen 5°+. Mittags 6°+. Weizen 120—125 Pfd. 50—53 Thlr. 126—130 Pfd. 54—58 Thlr. pr. 2000 Pfd. Sollgewicht. — Gerste 34—36 Thlr. pr. 1875 Pfd. — Spiritus ohne Bußfuhr. (Bromb. Blg.)

#### Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 18. Novbr. Nachmitt. 1 Uhr. Nebelwetter. Weizen fest, hiesiger lolo 6, 15, fremder lolo 6, 5, pr. Novbr. 6, 4, pr. März 6, 2½, pr. Mai 6, 3½. Roggen behauptet, lolo 5, 15, pr. Novbr. 5, 2½, pr. März 5½, pr. Mai 5½. Rübbel höher, lolo 13½, pr. Mai 13½. Beindöl lolo 11. Spiritus lolo 19.

Breslau, 18. Nov. Nachm. Steigend. Spiritus 8000 % Br. 13½.

Breslau, 18. November. Günstige Stimmung bei gut behaupteten Kurien. Hauptgeschäft in Österreich. Kredit, welche bei steigender Tendenz in ansehnlichen Posten umgesetzt wurden, Minerva-Bergwerksaktien sind dagegen ca. 1 p. C. billiger begeben worden. Per ult. fix: Rosel 110½ bez., Lombarden 133½—84 bez., österreich. Währung 81½ bez., österreich. Kredit 180½—291—304 bez. u. Br. Öffentl. gefündigt: 1000 Ctr. Roggen und 15,000 Quart Spiritus.

[Schlusskurse] Oester. Loosse 1860 77 G. Minerva 44—43½ bz. u. Br. Schlesische Bank 118½ B. Oesterreich. Kredit-Bankaktien 129½ bz. — Ober-schlesische Prioritäten 73½ B. do. do. 81½ bz. do. Lit. F. 88½ bz. do. Lit. G. 82½ G. Rechte Oder-Ufer-Bahn St.-Prioritäten 98 B. Breslau-Schweid.-Kred. 111½ G. Ober-schlesische Lit. A. u. O. 182 bz. Lit. B. — Rechte Oder-Ufer-Bahn 91 B. Rosel-Oder-Bahn 110½ bz. u. Br. Amerikaner 90 em. bz. u. Br. Italienische Anleihe 52½ G.

Berlin, 18. Nov. Die Haltung der Börse war zwar in Folge der besseren Wiener Notirungen fest, besonders für österreichische Kreditanleihen, das Geschäft selbst in österr. Kredit, in denen das Hauptgeschäft stattfand, war dasselbe nur von mäßiger Ausdehnung. Im Uebrigen war die Börse fast durchweg still. Eisenbahnen, Banken, inländische und d. a. Bonds, Pfand- und Rentenbriefe blieben in geringem Verkehr; Minerva allein wurden heute viel gehandelt. Von inländischen wurden Lachen-Märitscher 4½ prozent höher gefragt und Stettiner 6. Emission, von österr. Lemberg-Czernowitz 1. Emission stetig belebt; russische waren vernachlässigt. Franz-Josephsbahn 75½ Brief, Kalifornia-Pacific 71½ Br. — Österreichische Bonds gut behauptet, auch russische fest, aber ziemlich still. Prämienanleihen auf bessere Petersburger Kurse zwar etwas höher, aber nicht belebt, 5. Stieglich und 1862er engl. Anleihe wurden mehr gehandelt. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 a 50 bez. u. Br. — Wechsel höher bei ziemlich lebhaftem Verkehr.

#### Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 18. November 1869.

##### Preußische Fonds.

Doct. Metalloques	5	49	bz. G	Berlin-Stettin	4	91	G
Doct. Kommand. 4	132½ bz.	4	II. Em. 4	79	9	83	G
Doct. National-Em. 5	56½ bz. G	4	do. III. Em. 4	79	9	83	G
Doct. 250½ Br. Dbl. 4	73	bz. G	do. IV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 100½ Kred. 9	85½ et bz. [bz]	4	IV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. Sotheb. 1860 (1860)	5	77½ bz. ult. 77½	do. V. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. St. G. 64½	65½ bz.	4	VI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. G. 64½	—	4	VII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. Söderb. 1860	87½ bz.	4	VIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. R. 1864	93	bz.	IX. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1857	93	bz.	X. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1859	93	bz.	XI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1865	93	bz.	XII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1864	93	bz.	XIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1867 A.B.D.C. 4	93	bz.	XIV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1860, 52 conv. 4	84½ bz.	4	XV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1853	83	bz.	XVI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1862	83	bz.	XVII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1862	83	bz.	XVIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1868 A. 4	83	bz.	XIX. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	X. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIX. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	X. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIX. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	X. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XV. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XVIII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XIX. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	X. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XI. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	XII. Em. 4	90½ bz.	9	83	G
Doct. 1866 engl. St. 5	89	bz.	X				